GEMEINSAMER FACHTAG

Antisemitismus

JÜDISCHES LEBEN IN

DEUTSCHLAND ZWISCHEN

SICHERHEIT UND UNSICHERHEIT



















Impressum

HERAUSGEBER

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg

Willy-Brandt-Str. 41

70173 Stuttgart

REDAKTION

Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex)

Anna-Katharina Kirsch

Willy-Brandt-Str. 41

70173 Stuttgart

KONTAKT

Telefon: 0711-279-4556

E-Mail: konex@im.bwl.de

GRAFISCHE GESTALTUNG

Oscar Charlie GmbH

BILDQUELLE

- © Steffen Schmid
- © Laurence Chaperon
- © Timo Roller

Präsidium Technik, Logistik und Service der Polizei Baden-Württemberg (PTLS Pol) Jens Stohn

Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs

1. Auflage, Juni 2020

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Nachdruck - auch auszugsweise - nur nach vorheriger Genehmigung des Herausgebers

Inhaltsverzeichnis

| INHALT | | | |
|--|----|--|--|
| Vorwort | 6 | | |
| Vorwort Prof. Traub | 7 | | |
| | | | |
| VORTRÄGE AM VORMITTAG | 8 | | |
| BEGRÜSSUNG – SUSANNE JAKUBOWSKI | 10 | | |
| Antisemitismus - Jüdisches Leben in Deutschland zwischen Sicherheit und Unsicherheit - | | | |
| Thematische Einführung – Stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl | 12 | | |
| Jüdisches Leben in Deutschland heute – Prof. Barbara Traub | | | |
| Sicherheit(sgefühl) der jüdischen Menschen in Deutschland – Rami Suliman | | | |
| Aktuelle Erkenntnisse der Antisemitismusforschung – Dr. Mathias Berek | 34 | | |
| Die Arbeit des Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus - Dr. Michael Blume | 42 | | |
| Bekämpfung des Antisemitismus in Baden-Württemberg – Landeskriminaldirektor Klaus Ziwey | 50 | | |
| | | | |
| PROGRAMM AM NACHMITTAG | 58 | | |
| JÜDISCHES LEBEN IN DER GEMEINDE | 60 | | |
| Gespräche mit Gemeindemitgliedern | 61 | | |
| Führung durch die Synagoge | | | |
| Besuch einer Schulklasse | 63 | | |
| Jugendkultur – Polizeiauszubildende trafen Jugendliche der jüdischen Gemeinde | 64 | | |
| PROJEKTE, PARTNER, PROJEKTIONEN | | | |
| Zeitzeugenprojekt "Papierblatt" | 66 | | |
| Ausstellung "Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat" | | | |
| Informationsstände | 74 | | |
| | | | |
| WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN | 82 | | |

Vorwort



Thomas Strobl Stellvertretender Ministerpräsident, Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration

Foto: Laurence Chaperon

SEHR GEEHRTE MITBÜRGERIN, SEHR GEEHRTER MITBÜRGER,

Deutschland hat eine besondere Verantwortung für die Jüdinnen und Juden in unserem Land. Dass heute wieder jüdisches Leben und jüdische Kultur hier blühen, ist ein Geschenk, für das wir sehr dankbar sind. Deshalb müssen wir alles dafür tun, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland sicher leben können. Der Schutz jüdischer Menschen und jüdischen Lebens ist und bleibt die besondere Verantwortung des Staates und aller Menschen, die in diesem Staat leben.

Aus dieser Verantwortung heraus haben auf meine Anregung hin das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) und die Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs gemeinsam am 23. September 2019 einen Fachtag "Antisemitismus" organisiert und durchgeführt. An diesem Tag wussten wir noch nicht, dass keine drei Wochen später, am 9. Oktober 2019, das schreckliche Attentat auf die Synagoge in Halle (Saale) verübt werden würde.

Der gemeinsame Fachtag stand unter dem Motto "Jüdisches Leben in Deutschland zwischen Sicherheit und Unsicherheit" und wurde bewusst in den Räumen der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs in Stuttgart ausgerichtet. Rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgten der Einladung des konex und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs. Unter ihnen waren beispielsweise Abgeordnete verschiedener Fraktionen und insbesondere Vertreter der Israelitischen Religionsgemeinschaften Baden und Württembergs sowie der Polizei Baden-Württemberg, des Landesamtes für Verfassungsschutz und der Generalstaatsanwaltschaften Stuttgart und Karlsruhe.

Mit dem Fachtag haben wir uns inhaltlich gegen Antisemitismus sowie jede Form von Extremismus positioniert. Der Tag soll freilich mehr sein als nur ein Zeichen: Er soll nachhaltig Wirkung entfalten. Deshalb war es mir ein Herzensanliegen, die Ergebnisse des Fachtags zu verschriftlichen und in Form dieses Kompendiums herauszugeben: Sie finden hier die Vorträge des Vormittags und Berichte über die Angebote des Fachtages am Nachmittag in einer sehr übersichtlichen und ansprechenden Form zusammengestellt. Das ermöglicht es Ihnen, den Tag nachzuerleben und jederzeit schnell auf die erarbeiteten Ergebnisse zurückzugreifen.

Für uns ist ganz klar: Wir stehen an der Seite der Jüdinnen und Juden in unserem Land und wir gehen gegen Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln konsequent vor. Und nicht zuletzt werden wir mit unserem konex auch dieses Jahr einen Fachtag "Antisemitismus" durchführen – dieses Mal mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden.

HERZLICHST

Thomas Strobl

momes fribe

Stellvertretender Ministerpräsident, Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN. LIEBE INTERESSIERTE.

am 23. September 2019 durften wir mehr als 200 Gäste in unserem Stuttgarter Gemeindezentrum willkommen heißen. Gäste aus dem Innenministerium, aus den Polizeipräsidien und Staatsanwaltschaften, Abgeordnete des Landtags und engagierte Mitglieder aus den jüdischen Gemeinden Badens und Württembergs. Antisemitismus – jüdisches Leben zwischen Sicherheit und Unsicherheit, so war unser gemeinsamer Fachtag überschrieben, dessen schriftliche Dokumentation hiermit in Form eines Kompendiums vorliegt. Und ich möchte nochmals Innenminister Thomas Strobl und insbesondere dem Team des Kompetenzzentrums gegen Extremismus konex für die hervorragende Vorbereitung und Zusammenarbeit danken.

Unser gemeinsamer Fachtag war sowohl für uns als jüdische Gemeinde, wie auch für Innenministerium und konex eine außerordentlich wichtige Veranstaltung. Sie hat uns ermöglicht, umfassend und auf ganz unterschiedlichen Ebenen miteinander ins Gespräch zu kommen und einander kennen zu lernen. Neben den fachlichen Vorträgen, konnten sich die nichtjüdischen Gäste einen persönlichen Eindruck davon verschaffen, was jüdisches Leben eigentlich bedeutet, welches sich zwischen Sicherheit und Unsicherheit vollzieht. Umgekehrt hat der Austausch über ihre konkreten Erfahrungen mit Antisemitismus und ihre Sorgen bezogen auf Antisemitismus auch bei den anwesenden Vertretern und Mitgliedern der jüdischen Gemeinden einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Gespräche, die über eine rein fachliche, abstrakte Befassung mit Antisemitismus hinausgegangen sind. Und Gespräche, die den bereits in den zurückliegenden Monaten entstandenen Eindruck nochmals nachhaltig verstärkt haben, dass eine große Mehrheit unserer Mitbürger und unserer Mitbürger in Uniform mit dem Herzen Anteil nehmen und sich aktiv solidarisieren.

Wie bedeutend eine gute Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und Gemeinden ist, führte uns nur wenige Wochen später der schreckliche Terroranschlag auf die Synagoge von Halle schmerzvoll vor Augen. Zwei Menschen wurden von einem rechtsextremen Terroristen am jüdischen Versöhnungstag Jom Kippur, unserem höchsten Feiertag, sinnlos aus dem Leben gerissen. Ein Anschlag, der uns mitten während der Hohen Feiertage massiv verunsichert hat: Das siebentägige Laubhüttenfest Sukkot, das Schlussfest Schemini Azeret und das Fest der Torafreude Simchat Tora standen erst noch bevor. Da half die vertrauensvolle Begegnung wenige Wochen zuvor, auch die verbliebenen Feiertage – trotz Trauer und berechtigten Sorgen – in Würde zu begehen und sich eben nicht durch Ängste lähmen zu lassen.

Der hiermit vorliegenden Dokumentation unseres gemeinsamen Fachtags Antisemitismus – jüdisches Leben zwischen Sicherheit und Unsicherheit wünsche ich nunmehr eine interessierte Leserschaft. Zugleich lade ich Sie herzlich ein, sich mit etwaigen Anliegen und Fragen vertrauensvoll an die nächstgelegene jüdische Gemeinde zu wenden. Denn Vertrauen ist bekanntlich ein ganz besonderes Gut, das zunimmt, indem man von ihm Gebrauch macht.

SCHALOM!

Barbera Trank

Prof. Barbara Traub

Vorstandssprecherin der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs



Prof. Barbara Traub Vorstandssprecherin der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs

Foto: IRGW

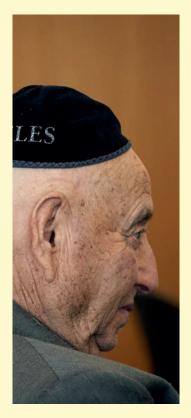
Vorträge am Vormittag

















Begrüßung

SUSANNE JAKUBOWSKI

Mitglied des Vorstands der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs



Susanne Jakubowski begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Foto: Steffen Schmid

VEREHRTE GÄSTE, ALS ERSTES HEISSE ICH SIE GANZ HERZLICH WILLKOMMEN!

Herzlich willkommen bei uns im Haus, herzlich willkommen in der jüdischen Gemeinde in Stuttgart, herzlich willkommen im jüdischen Herz Württembergs!

Kwod HaRabbanim,

sehr geehrter Herr Minister Strobl, sehr geehrter Herr Dr. Blume, lieber Michael, sehr geehrter Herr Suliman, lieber Rami, sehr geehrter Herr Dr. Berek, sehr geehrter Herr Ziwey, sehr geehrte Abgeordnete aus Landtag, Bundestag und Europaparlament, sehr geehrte Bürgermeisterin Fezer, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats, sehr geehrter Herr Schuster, sehr geehrter Herr Landespolizeipräsident Klotter, sehr geehrte Frau Präsidentin Bube, sehr geehrte Vertreter der Staatsanwaltschaften, sehr geehrter Herr Hellmann, sehr geehrte Damen und Herren von der Polizei, liebe Polizeischülerinnen und Polizeischüler, liebe Gemeindemitglieder. Wen auch immer ich protokollarisch korrekterweise noch hätte namentlich grüßen müssen, er oder sie möge es mir bitte nachsehen.

Hoch verehrte Gäste, ich freue mich von ganzem Herzen, Sie hier begrüßen zu dürfen. Natürlich wäre es wunderbar gewesen, hätten wir – sehr geehrter Herr Klotter, sehr geehrter Herr Ziwey, sehr geehrte Frau Kübler, sehr geehrte Frau Kirsch – hätten wir unser Thema frei wählen können! Aber, so ist das nun einmal: Das Thema haben uns leider Andere vorgegeben.

Für uns Juden ist Antisemitismus wahrlich kein neues Thema. Judenhass, antisemitische Vorurteile, Verfolgung, Vertreibung und Gewaltakte lassen sich in der Zeit über Jahrtausende zurückverfolgen. Und es war letztendlich ein Antisemit, nämlich der ägyptische Pharao (!), der mit seiner Verfolgung einen ganz entscheidenden Impuls setzte, dass überhaupt ein "Volk Israel", ein "jüdisches Volk" entstanden ist. Aber jetzt werden Sie sagen: Moses! – Da war doch noch was. Und da war Gott. Aber da war eben auch der Pharao. Antisemitismus ist also kein neues Thema für uns. Aber wir leben in einer Zeit des medialen Umbruchs. Internet und mehr noch die sog. "sozialen Medien" stellen ganz erhebliche Herausforderungen an unsere Gesellschaft.

Es ist eben nicht mehr das Gehirn von Redakteuren, das die Information vor einer Weitergabe filtert, sondern es sind Algorithmen, die "Filterblasen" erzeugen und uns als "User" in "Echokammern" mit immer der gleichen Melodie dauerbeschallen. Wir stecken dann in einer Blase fest.

Und wie zuvor mit der Erfindung der Schrift, der Erfindung des Buchdrucks, der Einführung der Massenmedien, so erleben wir heutzutage erneut eine Zuspitzung des Problems. Dr. Blume, der eben nicht nur Antisemitismusbeauftragter ist, sondern auch Wissenschaftler und "Käpsele mit Herz am rechten Fleck", hat hier auch uns geholfen zu verstehen, was da eigentlich vor sich geht. Nachher spricht er zu uns.

Da ich weiß, dass viele von Ihnen von Berufs wegen mit Straftaten zu tun haben, vielleicht der Appell, Antisemitismus nicht nur im Sinne von Straftat aufzufassen: Wir alle haben eine verzerrte Wahrnehmung und verbinden mit dem Begriff "Antisemit" einen Mann mit Schnauzbart und schnarrender Stimme. Oder mit schwarz uniformierten Männern mit Totenkopfemblemen. Das sind die extremsten Formen.

Der alltägliche Antisemitismus sieht anders aus. Und hat mindestens so oft deutsche Vornamen, wie arabische. Mindestens.

Frauenfeindlichkeit kann sich in Ehrenmorden oder Vergewaltigungen ausdrücken. Aber Frauenfeindlichkeit als Problem kann man auch nicht auf diese Extreme reduzieren. Nach Minister Strobl und Professorin Traub wird Herr Suliman den Punkt seinerseits aufgreifen, auch Dr. Berek und Herr Ziwey gehen darauf ein.

Aber nicht nur inhaltlich nähern wir uns heute dem alten Thema Antisemitismus neu, sondern wir nähern uns ihm auch in ganz neuem Format, und das ist eigentlich viel bedeutsamer: Denn erstmals, verehrte Gäste, erstmals in den tausenden Jahren, in denen sich Juden und Jüdinnen mit Antisemitismus herumschlagen, stehen wir nicht alleine.

Erstmals ist Antisemitismus kein Problem "von den Juden" allein, sondern wir stehen als jüdische Menschen wirklich Hand in Hand mit nichtjüdischen Menschen.

Mit vielen Bürgerinnen und Bürgern, die auch Position beziehen, ohne selber jüdisch zu sein, allein weil sie erkannt haben, dass der Antisemitismus alle angeht, dass er die Gesellschaft von innen auffrisst. Mit Menschen, mit denen uns die Hoffnung verbindet auf eine bessere, eine künftig hellere Welt.

In diesem Sinne auch im Namen meiner Vorstandskollegen Barbara Traub und Michael Kashi nochmals ein ganz herzliches Willkommen.

Schauen Sie sich um, stellen Sie Fragen, fühlen Sie sich bitte wie zuhause.

Hier im jüdischen Herzen Württembergs.

IN FRIEDEN. SCHALOM.

Antisemitismus

JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND

ZWISCHEN SICHERHEIT UND UNSICHERHEIT -

THEMATISCHE EINFÜHRUNG.

THOMAS STROBL

Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration



Stv. Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl sprach zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmer als Vertreter der Landesregierung.

Foto: PTLS Pol Jens Stohn

WERTE DAMEN UND HERREN ABGEORDNETE.

sehr geehrte Frau Prof. Traub, sehr geehrte Herren Suliman, Dr. Berek, Dr. Blume, verehrte Frau Präsidentin Bube, verehrte Frau Bürgermeisterin Fezer, werte Herren Generalstaatsanwalt Brauneisen, Landespolizeipräsident Klotter und Inspekteur der Polizei Detlef Werner, geschätzte Gäste der jüdischen Gemeinde und der Polizei Baden-Württemberg, unter denen ich die Nachwuchskräfte besonders begrüßen möchte. Ganz herzlich möchte ich auch die Mitglieder des Lenkungsausschusses sowie des Fachbeirates und die weiteren Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartner unseres Kompetenzzentrums gegen Extremismus begrüßen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

ISRAELREISE

Liebe Frau Prof. Traub, uns verbindet ein gemeinsames Erlebnis, das mich tief beeindruckt hat. In meinem ersten Amtsjahr habe ich meine erste Auslandsreise bewusst nach Israel gemacht. Unsere Delegation, zu der auch Sie gehörten, besuchte Yad Vashem, wir tauschten uns mit Menschen aus und informierten uns über die Sicherheitslage. Ich werde wohl nie den spontanen Stadtrundgang durch das nächtliche Jerusalem vergessen – diese atemberaubende Stadt, die so viel Geschichte, Kulturen und Religionen in sich trägt. Zwischen den Lichtern und der Dunkelheit lag die Heilige Stadt vor uns, still und voller Hoffnung auf Frieden und Sicherheit. Mir wurde klar, wie stark beide Pole in uns Menschen wirken – einerseits die Sehnsucht nach Frieden und Sicherheit und andererseits Feindseligkeit, Hass und Schutzlosigkeit. Kurzum: Das Leben zwischen Sicherheit und Unsicherheit.

IM NAMEN DES GANZEN LANDES

Wer verstehen will, was Sicherheit für jüdische Menschen bedeutet, muss sich mit der Vergangenheit, aber auch mit dem heutigen jüdischen Alltag auseinandersetzen. Durch die Verfolgung jüdischer Menschen und den Holocaust wurde das Vertrauen in den Staat, in die Sicherheit und den Schutz von Menschen gebrochen.

Dass heute wieder jüdisches Leben und jüdische Kultur in unserem Land blühen, ist eine besondere Vertrauenserklärung, ein Geschenk, für das wir dankbar sind. Der Schutz jüdischer Menschen ist und bleibt unsere besondere Verantwortung.

Ich sage das nicht nur als Innenminister, sondern als stellvertretender Ministerpräsident und Regierungsmitglied des Landes, das heißt, ich sage dies im Namen der Menschen unserer Heimat Baden-Württemberg. Ihr Schutz ist Teil unseres Staatsauftrags, aber auch die moralische Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger. Es bleibt unsere Pflicht, jeder Form von Antisemitismus entgegenzuwirken.

ANTISEMITISMUS IN ALL SEINEN FACETTEN

Nach wie vor existiert ein beschämendes Maß an Antisemitismus und eine besorgniserregende Zunahme. Ich möchte unserem Landeskriminaldirektor nicht vorgreifen. Herr Ziwey wird noch ausführlich über die Sicherheitslage berichten. Aber so viel sei gesagt: Nicht nur jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind um ihre Sicherheit besorgt, auch unsere Sicherheitsbehörden sehen die Entwicklung kritisch.

In Baden-Württemberg mussten wir im Vorjahr 136 antisemitische Straftaten und somit einen Anstieg von 37 Straftaten verzeichnen (2017: 99). Seit vielen Jahren ist die absolute Mehrheit, das heißt über 90 Prozent dieser Taten, rechtsextremistisch motiviert.

Die statistische Erfassung Politisch motivierter Kriminalität (PMK) erfolgt auf der Grundlage des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes (KPMD). Mit Beschluss der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 10. Mai 2001 sind rückwirkend zum 1. Januar 2001 mit dem "Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität" und den "Richtlinien für den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK)" die bundesweit einheitlich geltenden Kriterien zur Definition und Erfassung politisch motivierter Straftaten in Kraft gesetzt worden. Im Übrigen ist zu berücksichtigen, dass die Fallzahlen politisch motivierter Straftaten mitunter Veränderungen unterliegen, da die zugrunde liegenden Straftaten regelmäßig noch Gegenstand laufender Ermittlungen sind. Die Tabelle auf der rechten Seite stellt die Zahlen der politisch motivierten Straftaten mit dem Unterthemenfeld "antisemitisch" für das erste Halbjahr 2019 und die letzten zwei Jahre in Baden Württemberg, aufgeschlüsselt nach den unterschiedlichen Phänomenbereichen dar:

PHÄNOMENBEREICH DER PMK

| | 2017 | 2018 | 1. HJ 2019 |
|------------------|------|------|------------|
| Gesamtzahl | 99 | 136 | 46 |
| PMK | | | |
| rechts | 92 | 130 | 41 |
| PMK | | | |
| links | 0 | 0 | 0 |
| PMK | | | |
| ausländische | | | |
| Ideologie | 0 | 4 | 0 |
| PMK | | | |
| religiöse | | | |
| Ideologie | 5 | 2 | 0 |
| PMK | | | |
| nicht zuzuordnen | 2 | 0 | 5 |

¹ Es wird darauf hingewiesen, dass bei der nachträglichen Korrektur der antisemitischen Straftaten aus dem Jahr 2018 ein Fall fehlerhaft dem Bereich der PMK -rechts- zugeordnet wurde. Die Zuordnung wurde korrigiert, bliebt jedoch in der "eingefrorenen" Statistik für das Jahr 2018 bestehen.

Wir nehmen wahr, dass neben klassischen Rechtsextremisten neue Bewegungen wie der sog. "Dritte Weg" oder die "Identitäre Bewegung" antisemitisch agieren. Oder beobachten, dass in Teilen der Bevölkerung der sogenannte "Antisemitismus" als angeblich primär durch Flüchtlinge und den Islam importiertes Problem instrumentalisiert wird und zugleich vor der Existenz antisemitischer Tendenzen in der deutschen Mehrheitsgesellschaft die Augen geschlossen werden. Seien Sie versichert, wir verschließen die Augen nicht.

Unsere Sicherheitsbehörden beobachten und bekämpfen Antisemitismus spiegelbildlich auch im linksextremistischen und islamistischen Spektrum. Wir nehmen sehr wohl wahr, dass durch Zuwanderung Antisemitismus auch von einer anderen Seite Zulauf gefunden hat – nicht erst in den letzten fünf Jahren. Wir nehmen wahr, dass Islamisten jungen Menschen vermitteln: "Unser Prophet hat sich niemals mit Priestern und Rabbinern eingelassen. Er hat (...) keinen interreligiösen Dialog geführt". Um nur ein Beispiel zu nennen.

Mir ist wichtig, dass wir Probleme klar beim Namen nennen und Antisemitismus in all seinen Facetten sehen. Wir nehmen all das wahr, aber wir nehmen es nicht hin. Wer in unserem Land leben will, hat sich an unsere Werte zu halten. Dazu gehört die besondere Verantwortung gegenüber unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Doch lassen Sie mich eines klarstellen: Antisemitismus ist nicht erst und auch nicht primär durch Migranten oder Geflüchtete nach Deutschland gekommen. Es wäre geradezu dummdreist und fahrlässig, Antisemitismus darauf zu reduzieren. Dass wir in Deutschland noch immer Sätze hören wie: "Irgendwann muss mal gut sein mit dem Holocaust" – sollte uns ebenso zum Nachdenken bringen wie die Tatsache, dass jeder fünfte junge Deutsche mit dem Begriff Auschwitz nichts anfangen kann. Wir sind auch gegenüber jenen Formen wachsam, die mitunter zunächst nicht strafrechtlich relevant erscheinen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei antijüdische Hetze im Internet und das Vordringen in digitale Mainstreamangebote wie Youtube oder Facebook. Hier sei gesagt: Die Meldestelle "respect! (...)" des Demokratiezentrums Baden-Württemberg nimmt jederzeit Hinweise auf antisemitische Beiträge entgegen. Jede Form von Antisemitismus ist für uns Auftrag aufzuklären und zu handeln.

ANSTRENGUNGEN DER POLIZEI

Die Sicherheitsbehörden in unserem Land sind rund um die Uhr für den Schutz aller Menschen in Baden-Württemberg im Einsatz – mit besonderer Verantwortung für jüdische Menschen. Auch hier möchte ich Herrn Ziwey nicht vorgreifen, aber Ihnen anhand weniger Stichworte versichern, dass die Polizei alles in ihrer Macht Stehende tut, Gefahren für jüdische Menschen zu vereiteln und Straftaten zu verfolgen.

Gleiches gilt für den Verfassungsschutz, der im Rahmen seines Beobachtungsauftrags Antisemitismus konsequent im Blick hat. Die Polizei reagiert umgehend auf sich verschärfende Sicherheitslagen, so werden zum Beispiel bei einer sich konkretisierenden Anschlagsgefahr die Sicherheitsvorkehrungen an jüdischen Einrichtungen lageangepasst erhöht.

Verbessern wollen wir auch den ständigen, persönlichen Kontakt vor Ort. Daher haben unsere Polizeireviere Ansprechpartner für die Israelitischen Religionsgemeinschaften benannt, die ich heute auch sehr herzlich begrüßen darf. Gemeinsam mit Wissenschaftlern schult die Polizei zudem Berufsgruppen in unserem bundesweit einmaligen Landesbildungszentrum Deradikalisierung (beim Kompetenzzentrum gegen Extremismus).

Lassen Sie mich noch einen Punkt ansprechen, der mir am Herzen liegt: Die historische Verantwortung der Polizei. Angehörige der Polizei müssen sich des eigenen Erbes bewusst sein und die Mechanismen von Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit verstehen.

Beides ist in der Aus- und Fortbildung der Polizei Baden-Württemberg verankert. Sei es durch Lehrinhalte, durch Exkursionen zu Gedenkstätten oder Zeitzeugenkontakte. Die in Kooperation mit dem Haus
der Geschichte Baden-Württemberg erfolgte Eröffnung eines Lern- und Gedenkortes in der ehemaligen
Stuttgarter Gestapozentrale "Hotel Silber" markiert in diesem Zusammenhang einen echten Meilenstein.
Nicht zuletzt der heutige Fachtag zeigt, dass sich die Auseinandersetzung weiterentwickelt.

ANSTRENGUNGEN DES LANDES

Wir stehen dem Antisemitismus weder machtlos noch mutlos gegenüber. Wir sind wachsam. Daher wissen wir auch, dass noch viel zu tun bleibt. Die vielen Schattierungen und Tiefengrade des Antisemitismus machen deutlich, dass wir hierbei die Anstrengung aller gesellschaftlichen Bereiche brauchen.

Ich sagte bereits, dass ich heute im Namen der ganzen Landesregierung zu Ihnen spreche – und sicher darf ich auch im Sinne der (meisten) Abgeordneten unseres Landtags sprechen, wenn ich sage, dass wir alles daransetzen, Antisemitismus im demokratischen Schulterschluss entschlossen zu bekämpfen.

Das sind keine politischen Lippenbekenntnisse, sondern handfeste Maßnahmen. So haben wir als erstes Bundesland einen Beauftragten gegen Antisemitismus ins Amt berufen. Herr Dr. Blume, ich danke Ihnen sehr für Ihre engagierte Arbeit! Auch von Ihnen werden wir heute noch eingehend hören.

Wir bekämpfen Antisemitismus auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen. Wir wollen insbesondere junge Menschen aufklären und gegen Menschenfeindlichkeit immun machen. Daher hat das Thema Antisemitismus in den Bildungsplänen unserer Schulen einen hohen Stellenwert.

Um dem Problem im Alltag zum Beispiel auf den Schulhöfen gerecht zu werden, brauchen wir immer auch praktische Maßnahmen.

Wir haben in Baden-Württemberg eine Meldepflicht der Schulen über antisemitische (und andere diskriminierende) Vorkommnisse eingeführt und für Lehrkräfte die Handreichung "Umgang mit Antisemitismus an Schulen" erstellt. Zudem bieten wir in Zusammenarbeit mit Yad Vashem Fortbildungsmaßnahmen für unsere Lehrkräfte an. Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang auch den baden-württembergisch-israelischen Jugendaustausch.

Kaum etwas beugt Stereotypen so vor wie die direkte Begegnung und Auseinandersetzung mit Menschen und Ländern. Hierbei leisten auch unsere Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen im Land eine eindrucksvolle, meist ehrenamtliche Arbeit, um Verantwortung lebendig zu halten.

An dieser Stelle möchte ich mich auch bei unseren Israelitischen Religionsgemeinschaften im Land bedanken – stellvertretend für die vielen engagierten Menschen in Ihren Reihen. Sie leisten eine ehrenvolle und leidenschaftliche Arbeit für das Miteinander der Religionen und Kulturen in Baden-Württemberg. Herzlichen Dank.

SICHERHEIT BRAUCHT MENSCHLICHKEIT

Wir alle werden weiter gemeinsam daran arbeiten. Doch wir alle sind auch auf die Wachsamkeit und das Mitwirken von Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Denn Antisemitismus vollzieht sich im Alltag, meist unter den Augen der Öffentlichkeit.

Der Vater von Hans und Sophie Scholl, Robert Scholl, hat am Abend des 9. November 1938 seine ehemalige Nachbarin, Irene Einstein, aufgesucht. Jene Nacht, in der sich auch auf dem Ulmer Weinhof ein unmenschlicher Exzess an Misshandlungen vor den Augen einer tobenden Menge vollzog.

Als Irene Einstein damals an der Tür ängstlich fragte, wer denn da sei, sagte Robert Scholl: "Frau Einstein, ein Mensch kommt zu Ihnen." Meine Damen und Herren, "ein Mensch kommt zu Ihnen." In diesem Satz liegt alles.

Wir brauchen einfache, gerade Menschen. Wir brauchen sie heute und künftig. Sicherheit verlangt staatliches Handeln und Härte. Es braucht aber auch Menschen, die im Alltag nicht wegschauen, die sich einmischen, das Wort ergreifen oder handeln. Wir brauchen den Einsatz jedes einzelnen Menschen im Alltag.





Frau Rachel Dror (links) mit Begleitung während des Vortrags von Herrn StV. Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl.

Foto: PTLS Pol Jens Stohn

AN DIESER STELLE MÖCHTE ICH EINEN GANZ BESONDEREN MENSCHEN HERAUSHEBEN: FRAU RACHEL DROR.

Erlauben Sie mir, dass ich Sie jenen Gästen, die Sie nicht kennen, kurz vorstelle. Rachel DROR wurde 1921 in Königsberg geboren. Im Jahr 1939 musste sie aus ihrer Heimat nach Palästina fliehen, ihre Eltern wurden in Auschwitz ermordet. Frau Dror, nach der Gründung Israels waren Sie eine der ersten Polizistinnen. Später kehrten Sie wieder nach Deutschland zurück und stellten Ihr Leben in den Dienst der Versöhnung, der Auseinandersetzung und des Brückenbauens gerade mit jungen Menschen, sei es durch jahrzehntelanges Engagement bei Synagogenführungen hier in Stuttgart oder durch Vorträge an Schulen – bis heute mit Ihren 98 Jahren. Chapeau.

Als Zeitzeugin und ehemalige Polizistin stehen Sie, liebe Frau Dror, wie keine andere für die Wechselseitigkeit von Unsicherheit und Sicherheit. Über Ihre Zeit als Polizistin in Israel sagten Sie sinngemäß:

"Ich bin in dieser Zeit selbstsicherer geworden. Eine Uniform verändert einen Menschen… Nachdem man mich wie Dreck behandelt hat, merkt man, dass man ja eigentlich kein Dreck ist. Man ist ja ein Mensch wie jeder andere auch."

Dieses Menschsein haben Sie vorgelebt. Sie haben vor allem jungen Menschen nahegebracht wie wichtig es ist, jedem Menschen offen und unvoreingenommen als Individuum zu begegnen. Mit Ihrem unermüdlichen Einsatz für Begegnungen sind Sie ein großes Vorbild für uns alle.

KRITISCH, ABER MUTIG

Damit bin ich wieder beim Beginn meiner Rede: Es braucht Begegnung. Die Begegnung mit Menschen und Orten. Dass wir uns heute hier begegnen, dass Polizei und jüdische Organisationen in engem Kontakt stehen, ist genauso Ausdruck der Hoffnung wie der Umstand, dass junge Schüler regelmäßig Synagogen besuchen.

Daher lassen Sie uns weiter kritisch, vor allem aber mutig gemeinsam in die Zukunft blicken. Ich danke Ihnen allen, dass Sie das durch Ihre Anwesenheit zum Ausdruck bringen.

GESCHENK AN DEN VORSTAND DER IRGW

Zu guter Letzt möchte ich noch der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs unseren besonderen Dank zum Ausdruck bringen.

Dass dieser Fachtag in ihren Räumen stattfinden darf, eröffnet uns viel mehr als anderswo Raum für Begegnungen und den Austausch zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern und den jüdischen Gemeindemitgliedern und die wertvolle Gelegenheit, das alltägliche Leben der Menschen in der jüdischen Gemeinde besser kennenzulernen. Dass dies möglich ist, zeigt mir, wie eng und vertrauensvoll das Verhältnis zwischen den jüdischen Gemeinden und unseren Sicherheitsbehörden zwischenzeitlich geworden ist.

Liebe Gemeindemitglieder, liebe Frau Prof. Traub, liebe Frau Jakubowski, lieber Herr Kashi, als Zeichen des Dankes möchte ich Ihnen noch ein besonderes Geschenk überreichen. Wir hoffen, dass wir den Schülerinnen und Schülern der Grundschule hier im Haus eine Freude machen können, wenn wir Sie zu einem Tag bei der Wasserschutzpolizei Stuttgart einladen.

Und wer weiß, vielleicht können wir ja sogar eine Schülerin oder einen Schüler als Nachwuchs für unsere Polizei gewinnen.

NUN WÜNSCHE ICH ABER ALLEN TEILNEHMERINNEN UND TEILNEHMERN WEITERHIN EINE INTERESSANTE VERANSTALTUNG



StV. Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl übergab einen Gutschein an die Grundschule der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs für einen Tag bei der Wasserschutzpolizei.

Foto: Steffen Schmid

JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND HEUTE.

PROFESSORIN BARBARA TRAUB

Vorstandssprecherin der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs und Mitglied im Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland



Frau Prof. Barbara Traub veranschaulichte den Zuhörerinnen und Zuhörern, wie sich jüdisches Leben heute darstellt

Foto: Steffen Schmid

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, KWOD HARABBANIM.

Ich begrüße Rabbiner Puschkin, Trebnick, Landesrabbiner Flomenmann. Sehr geehrter Herr Minister Strobl. Sehr geehrter Herr Dr. Blume, lieber Michael. Sehr geehrter Herr Rami Suliman, Vorsitzender des Oberrats Baden. Sehr geehrter Herr Dr. Berek. Sehr geehrter Herr Tibay. Sehr geehrte Abgeordnete aus Land, Stadt und Bund. Sehr geehrter Herr Schuster, Direktor der Zentralwohlfahrtsstelle. Ich freue mich, dass Sie heute hier sind und möchte hier auch erwähnen, dass die zentrale Wohlfahrstelle der Juden in Deutschland eine der ersten Institution war, die auch ein Kompetenzzentrum gegen Antisemitismus in Berlin eingerichtet hat. Ich begrüße den Landespolizeipräsidenten Gerhard Klotter, die Vertreter der Sicherheitsbehörden, der Justiz, Staatsanwaltschaften, und natürlich ein besonderer Gruß an die Polizeischülerinnen und Polizeischüler, die heute bei uns hier im Haus sind. Ich freue mich, dass sie gekommen sind, hoch verehrte Gäste.

Ich beende damit meine Begrüßung. Ich weiß, das sind viele honorige Personen. Aber sie sind ja gekommen um einen Vortrag von mir zu hören über jüdisches Leben. Und ich bin sehr froh, dass wir am Beginn der heutigen Tagung nicht den Blick auf den Antisemitismus werfen, sondern zuerst einmal auf das jüdische Leben. Worüber werde ich zu ihnen sprechen? Wir kommen nicht umhin, die Geschichte anzuschauen. Wenn wir vom heutigen jüdischen Leben sprechen, dann ist es einfach notwendig zu sehen, jüdisches Leben hat nicht jetzt begonnen, sondern es war in diesem Land über Jahrhunderte vorhanden. Ab dem 13. Jahrhundert gibt es erstmals eine Erwähnung eines Juden hier in der Region. Und bis ins 19. Jahrhundert waren Jüdinnen und Juden immer vom jeweiligen Schutz des Landesherren der Stadt abhängig. Das heißt, Jüdinnen und Juden sind gekommen, sind vertrieben worden.

Hier in Stuttgart war es sogar über drei Jahrhunderte verboten, dass sich jüdisches Leben hier ansiedelt. Etwas anderes war es in Baden. Da war der Landesherr anders eingestellt. Jüdinnen und Juden konnten dort immer ansässig sein. Im 19. Jahrhundert ist dann ein großer Umbruch gewesen und zwar mit dem Gesetz im Betreff der öffentlichen Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen erfuhren erstmals die jüdischen Gemeinden eine relative Gleichstellung und sie wurden Bürgerinnen Bürger des damaligen Deutschen Reiches. Und damit vollzog sich ein großer Aufschwung in den jüdischen Gemeinden. Einerseits war eine Abwanderung aus dem ländlichen Raum in Richtung der großen Städte in Württemberg und Baden festzustellen.

Auf der anderen Seite waren die Jüdinnen und Juden, weil sie diesen Schutz damals erhalten haben, relativ gleichgestellt und haben sich in die Gesellschaft sehr aktiv eingebracht. Im kulturellen Bereich, im religiösen Bereich, auch im politischen Bereich. Sie wurden teilweise Politiker. In allen gesellschaftlichen Bereichen haben sie sich engagiert. Das war ungefähr in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In dieser Zeit wurden als Ausdruck dieses Selbstbewusstseins, das damals jüdische Gemeinden entwickelt haben, Synagogen im ganzen deutschen Reich (im maurischen Stil) gebaut. Wenn sie unten in den Eingangsbereich der IRG Württembergs gehen, sehen sie auch ein Foto der ehemaligen Synagoge, die hier an diesem Platz gestanden hat, die auch in diesem typischen maurischen Stil erbaut wurde.

Aber nicht lange hat diese Sicherheit gewährt. Wir reden von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Wenn wir ins 20. Jahrhundert hinübergehen, noch bis zum Ersten Weltkrieg haben sich Jüdinnen und Juden sogar als Soldaten für ihr Vaterland bereit erklärt.

Doch bereits 1933 ging das jüdische Selbstverständnis auch der Sicherheit schnell verloren. Mit dem Beginn der nationalsozialistischen Machtübernahme wurden Jüdinnen und Juden sukzessive aus dem öffentlichen Leben vertrieben, diskriminiert, verfolgt und ab 1941 mit den Deportationen in Württemberg wurden Juden am Killesberg zusammengetrieben und von dort in den Osten deportiert.

In Baden war es ein Lager in Gurs in den Pyrenäen von wo die Jüdinnen und Juden, die nicht flüchten konnten, in den Osten deportiert und ermordet wurden. Und es gab kein jüdisches Leben mehr.

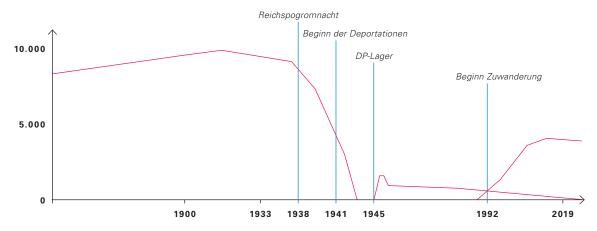
DAS WUNDER FORTBESTEHENDER GEMEINDEN NACH 1945

Im Jahr 1945 wurde hier in Stuttgart wieder nach der Auslöschung jüdischen Lebens, nach der vollständigen bzw. nahezu vollständigen Auslöschung irdischen jüdischen Lebens wieder eine Gemeinde gegründet. Das ist für mich immer noch wie ein kleines Wunder, dass man nach einer solchen Verfolgung doch wieder jüdisches Leben in Deutschland aufgebaut hat. Das zeugt vom Lebenswillen der Jüdinnen und Juden, dass man immer wieder auch neu anfängt und so wurde bereits im August 1945 wieder eine neue jüdische Gemeinde gegründet und bereits 1951 eine neue Synagoge, die sie heute am Nachmittag besuchen können, eröffnet.

In den ersten Jahren wurde die Gemeinde aufgebaut zum Einen von Überlebenden, sogenannten Displaced Persons. Die wenigen Überlebenden, die im Land verblieben sind, die die Insel auf konfessioneller Ebene gebildet haben. Über viele Jahre waren bundesweit ungefähr 28.000 Juden, die hier in der Bundesrepublik gelebt haben. In unserer Gemeinde waren es ungefähr 700 Personen. Das heißt, eine verschwindende Minderheit, die davon betroffen war und die irgendwann aussterben wird. Viele Eltern haben ihre Kinder nach Amerika, nach England, nach Israel geschickt, damit sie dort ein jüdisches Leben, ein lebendiges jüdisches Leben, vorfinden können. Und hier in der Bundesrepublik hat niemand mehr glaubt, dass es ein lebendiges Leben auf Dauer geben wird. 28.000 ist eine verschwindende Zahl und trotzdem haben die Gemeinden hier existiert und man hat daran gearbeitet, dass wieder jüdisches Leben entstehen kann. Und die Chance, die sich geboten hat, war Anfang der 1990er Jahre, als in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion der Kommunismus zusammengebrochen ist. Die dort lebenden Jüdinnen und Juden waren bedroht und verfolgt worden und die damalige Bundesregierung hat gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland und den Regierungen der Länder der ehemaligen Sowjetunion ein Abkommen getroffen, dass Flüchtlinge aus diesen Ländern in die Bundesrepublik einreisen konnten. Damit begann die Zuwanderung, damit sind die jüdischen Gemeinden von 28.000 auf bundesweit über 120.000 Mitglieder angewachsen. Heute sind wir etwa 100.000 Mitglieder in ganz Deutschland. Unsere Gemeinde ist von 700 Mitgliedern auf 3.000 angewachsen. Baden auf 5.500 bis 6.000 Mitglieder.

SCHEMATISCHE DARSTELLUNG DER MITGLIEDERENTWICKLUNG

für Württemberg



JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND - HEUTE

Das heißt: Wir haben damit eine große Chance bekommen und plötzlich sind die Gemeinden lebendig geworden. Es wurde notwendig, unsere Kindertagesstätten zu vergrößern. Wir haben so viele Jahre ungefähr 20 Plätze gehabt. Heute sind es 70 Plätze. Und wir haben eine jüdische Grundschule gegründet.

Wir haben viele Aktivitäten im kulturellen Bereich – jüdische Kulturwochen wurden heute erwähnt. Wir sind in vielen Gremien vertreten und wir haben eine intensive Jugendarbeit. Die Jugendarbeit, die gemeinsam mit dem Zentralrat durchgeführt wird und der Zentralwohlfahrtsstelle. Vor allem werden unsere Jugendleiterinnen und Jugendleiter im Rahmen der Zentralwohlfahrtsstelle ausgebildet, damit sie die Jugendarbeit selber durchführen können.

Der Zentralrat organisiert jedes Jahr eine Jewrovision, wo sämtliche Jugendzentren der jüdischen Gemeinden der Bundesrepublik antreten und zu einem jüdischen Thema ein Programm erarbeiten, ein Showprogramm. Musik und Tanz, wobei immer ein jüdisches Thema inbegriffen ist. Das Thema, das wir letztes Jahr hatten, war CHAI. Das heißt Leben. Was heißt Leben für unsere jüdischen Jugendlichen? Das heißt einerseits, und das war sehr interessant in den Beiträgen der vielen Jugendzentren, dass wir, glaube ich, über 19 Jugendzentren, auch unser Jugendzentrum aus Württemberg war dabei, die Badener waren auch dabei, die immer ganz vorne stehen. Wir kommen noch dazu. Es geht nicht nur darum immer Spaß zu haben, das gehört auch dazu. Alle Schülerinnen und Schüler, für alle möglichen Leute ist es wichtig, Judentum auch als fröhliches oder freudiges Ereignis zu erleben. Aber es geht auch darum, sich mit jüdischen Themen auseinanderzusetzen. Und Leben heißt einerseits die eigene Identität zu stärken, zu wissen, wo seine Wurzeln liegen. Zu wissen, was unsere Religion bedeutet, was es bedeutet, Jude zu sein und was es bedeutet, Jude in einer nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft zu sein. Aber was bedeutet es auch als Herausforderung, Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft? Das ist für uns das besondere, dass unsere Jugendlichen Studierenden sich auch engagieren, um hier ein Leben aufzubauen und die Gemeinde auch weiter zu tragen und weiterzubringen. Wir haben mittlerweile auch bundesweit Studentenverbände. Wir haben in den einzelnen Gemeinden junge Leute, die sich immer mehr in irdischer Gemeinschaft engagieren, auch im politisch gesellschaftlichen Bereich. Ich möchte hier auch Likrat erwähnen. Auch ein Badener Projekt. Von dort ins Leben gerufen, heute vom Zentralrat getragen. Likrat ist ein Projekt, bei dem jüdische Schülerinnen und Schüler in Schulen gehen und mit Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern ins Gespräch kommen und über jüdisches Leben berichten. Natürlich auch Fragen beantworten und manchmal auch Vorurteile dadurch aufheben können, weil sie viel unbefangener über das Thema Judentum sprechen können. Und ich möchte auch Rent-a-jew erwähnen. Auch wenn ich über den Namen nicht ganz glücklich bin. Aber die Idee ist ganz wunderbar und zwar ist es auch eine Initiative gegen Antisemitismus. Um das Judentum besser kennen zu lernen. Das gilt auch für Erwachsene. "Gemietet" werden können hier Jüdinnen und Juden, um über ihr jüdisches Leben zu berichten.

DER GLAUBE

Das heißt, das alles sind Bemühungen und Initiativen, die ein lebendiges jüdisches Leben darstellen. Ein Leben, das auf dem Glauben beruht. Der Glaube an einen Gott, der uns aus dem Land "Biz Reim", aus der Sklavenherrschaft, herausgeführt hat. Dieser Satz, der im 2. Buch Moses zu lesen ist, bedeutet für uns Juden, dass wir jüdische Menschen in Freiheit geboren sind und dass wir einen Auftrag in diesem Leben haben, diese Freiheit zu bewahren. Wir lesen auch in der Tora, dass wir die Aufgabe haben, Richter und Zeugen zu benennen. Warum steht das in der Tora? Das liest sich ja eigentlich wie ein Buch aus der Justiz, wie ein Strafgesetzbuch oder ein Buch für einen Prozess. Weil wir wissen, dass Menschen miteinander leben und dass diese Welt keine hundertprozentig heile Welt sondern eine lebendige Welt ist, in der es Konflikte geben kann, in der es Auseinandersetzung geben kann. Da haben wir alle die Verpflichtung, für Frieden sowie deren Erhalt zu sorgen und dafür, dass jeder Einzelne ein gutes Leben führen kann.

Die Tora lehrt uns, dass wir für dieses Leben Mechanismen schaffen müssen, damit wir miteinander gut leben können. Dabei handelt es sich um Recht und Gerechtigkeit. Das ist ein Grundprinzip des Denkens. Deswegen freuen wir uns gerade, dass die Schülerinnen und Schüler der Polizei hier sind. Denn in der Tora geht es auch darum, Recht und Gerechtigkeit walten zu lassen. Wir dürfen Recht und Gerechtigkeit auch nicht missbrauchen. Und wir dürfen es auch nicht pervertieren. Die menschenverachtende Ideologie des Nationalsozialismus hat das Recht nämlich missbraucht. Es gibt ein Bild einer brennenden Synagoge in Stuttgart. Damals hat die Polizei nicht die jüdischen Einrichtungen und die jüdischen Menschen geschützt. Sie hat die nationalsozialistische Ideologie geschützt. Deswegen geht es nicht allein um den Begriff "Schutz". Wir müssen immer genau wissen: Was schützen wir und wofür stehen wir? Welche humanistischen, ethischen Werte haben wir zu schützen?

Und das ist auch das Ziel des heutigen Fachtages. Uns miteinander noch einmal deutlich zu machen, dass wir uns für humane ethische Werte, die wir im christlichen und jüdischen, in der Tora und später auch in der Bibel formuliert haben, einsetzen. Für eine humane Welt, für eine demokratische Welt. Diese basiert auf den jüdisch-christlichen Grundwerten, die uns die Tora lehrt, die wir aber auch in der Bibel vorfinden.

WIE IST JÜDISCHES LEBEN ORGANISIERT?

Ich möchte nun noch etwas dazu sagen, wie sich das jüdische Leben organisiert. Ich habe es auch schon kurz benannt. Die jüdischen Gemeinden sind in den Landesverbänden zusammengefasst. Hier haben wir die Landesverbände Baden und Württembergs. Bundesweit sind es 116 jüdische Landesverbände, davon sind 80 Prozent sogenannte jüdische Einheitsgemeinden. Was heißt Einheitsgemeinde? Einheitsgemeinde heißt, dass alle Strömungen unter einem Dach verbunden sind und mehrheitlich in dieser Einheitsgemeinde der orthodoxe Ritus angewandt wird, aber nicht alle Gemeindemitglieder orthodox leben. Die Gemeinden bieten für die unterschiedlichen Strömungen religiöse Gottesdienste an. Das heißt, es gibt die orthodoxen Gottesdienste, zum Beispiel bei uns in der Gemeinde und vielen anderen, aber auch liberale Gruppierungen, die ebenfalls hier einen Gottesdienst haben. Diese Einheitsgemeinden waren notwendig, weil die Gemeinden nach 1945 so wenig Mitglieder hatten, so dass man nicht mehr für jede Strömung eine eigene Gemeinde gründen konnte. So hat man sich ein Dach gesucht, unter diesem finden wir uns alle wieder. Dieses Dachprinzip haben wir aber nicht nur in der Gemeinde und im Landesverband, sondern wir haben es auch auf Bundesebene. Wir haben den Zentralrat der Juden in Deutschland. In den Zentralrat entsendet jeder Landesverband entsprechend seiner Größe Vertreter. Im Zentralrat gibt es das Direktorium, in das diese Vertreter entsandt werden. Aus diesem Direktorium wird ein neunköpfiges Präsidium gewählt und aus dem Präsidium eine dreiköpfige Führung. Der Präsident ist aktuell Dr. Josef Schuster. Seine Stellvertreter heißen Abraham Lehrer und Mark Dainow. Das neunköpfige Gremium kann nicht in die Gemeinden reinregieren, legt aber die großen Dinge des Judentums einerseits fest und andererseits ist es der Ansprechpartner für die Bundesregierung und für alle bundesweiten Angelegenheiten. Der Zentralrat wurde im Jahr 1960 gegründet. An zweiter Stelle, neben dem Zentralrat der Juden in Deutschland, gibt es die zentrale Wohlfahrtstelle in Deutschland, die eng mit dem Zentralrat zusammenarbeitet, aber eine eigenständige Institution ist. Sie kümmert sich um alle sozialen Angelegenheiten auf Bundesebene und ist dem Prinzip Zedakah verpflichtet. Zedakah heißt: Im Sinne von sozialer Wohlfahrt. Denn das Judentum geht davon aus, wie gesagt, dass unser Leben hier in der Welt noch nicht das paradiesische Leben ist. Es gibt Notlagen. Es gibt Menschen, die Unterstützung brauchen. Zedakah bedeutet, dass wir diese sozialen Ungerechtigkeiten und Probleme in der Gesellschaft vielleicht auch im pädagogischen Bereich ausgleichen können. Es ist auch eine Verpflichtung, dieses Leben für alle erträglich zu gestalten und alle Ungerechtigkeiten auszugleichen. Die zentrale Wohlfahrtstelle ist dem Gedanken Zedakah in besonderem Maße verpflichtet. Sie bildet Personal für die Gemeinden im sozialen Bereich aus und organisiert bundesweit für die Jugendlichen sogenannte Machanot, also Ferienfreizeiten. Es dient in erster Linie dem Gedanken jüdische Identität und jüdisches Leben zu stärken und junge Menschen, aber natürlich auch alle Generationen, dazu zu führen, dass sie hier mit Hoffnung und Mut ihr irdisches Leben führen.

Und auch wir als Gemeinden hier in Württemberg und auch in Baden sehen unsere Aufgabe darin, unsere Mitglieder darin zu bestärken, Vertrauen in dieses Land zu haben, Vertrauen in diese Gesellschaft. Deswegen freuen wir uns auch, dass sie heute so zahlreich gekommen sind. Das ist ein Ausdruck dafür, dass sie Vertrauen in uns haben, aber auch wir Vertrauen in sie haben.

Dass wir gemeinsam an diesem Thema Antisemitismus arbeiten: Ein Thema, das uns ja, wie gesagt wurde, nie verlassen hat, aber das wir natürlich in den letzten zehn Jahren verstärkt wahrgenommen haben, verstärkt in einer Art und Weise wie es uns natürlich auch verunsichert hat: polemische Plakate, es geht von Synagogenbeschmierungen über Friedhofschändungen bishin zu tätlichen Angriffen. Das geht nicht an uns vorbei.

Deswegen sind wir sehr froh, dass hier sowohl von Seiten des Landes Baden-Württemberg, von Bundesebene und den Städten hier vielfältige Initiativen ergriffen wurden, die dazu dienen, das Thema zu bearbeiten, zu beleuchten und auch dort klare Grenzen zu setzen, wo klare Grenzen gesetzt werden müssen.

Ich möchte zum Abschluss meiner Rede kommen.

Antisemitismus ist etwas, dass sich gegen Jüdinnen und Juden, gegen jede Institution und jede Kirchengemeinde richtet. Aber er richtet sich nicht nur gegen Jüdinnen und Juden. Er richtet sich gegen die demokratische Gesellschaft. Und deswegen sind wir alle aufgerufen, uns dagegen zu wehren, dagegen einzusetzen und junge Menschen dagegen zu immunisieren, gegen jede Form von Ideologie, die ethische Grundwerte in Frage stellen.

Dazu möchte ich sie heute aufrufen und hoffe, dass dieser Tag dazu beitragen wird, uns ein Stück mehr zu sensibilisieren und uns gegen Antisemitismus gemeinsam zu wappnen.

ICH DANKE IHNEN.



SICHERHEIT(SGEFÜHL) DER JÜDISCHEN MENSCHEN IN DEUTSCHLAND.

RAMI SULIMAN

Vorsitzender des Oberrates der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden und Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland



Rami Suliman beschrieb das Sicherheitsgefühl der Jüdinnen und Juden in Deutschland

Foto: Steffen Schmid

NACH DREI SO HOCHKARÄTIGEN REDNERN,

von denen eigentlich schon alles gesagt wurde, möchte ich nun auch nochmal das Gleiche sagen, nur in anderen Worten. Ich möchte zunächst Minister Strobl, Landesrabbiner Flomenman, die Rabbiner Trebnik und Pushkin, Frau Prof. Traub, den lieben Michael Blume, die Polizeivertreter vom Präsidenten bis zu den jungen Polizisten und die Vertreter der Justiz herzlich begrüßen. Meine sehr geehrten Damen und Herren.

ISRAELITISCHE RELIGIONSGEMEINSCHAFT BADEN

Bevor ich zu meinem Thema komme, dem Sicherheitsgefühl der Jüdinnen und Juden in Baden-Württemberg und in Deutschland, möchte ich Ihnen einen Einblick in die jüdischen Gemeinden in Baden und deren Organisationsstruktur geben. Denn ich habe den Eindruck, dass in Württemberg, in Stuttgart, Baden etwas außen vor ist, wie ein Stiefsohn von Baden-Württemberg. Das ist der Eindruck.

In Baden haben wir ungefähr 5.000 Mitglieder und wir sind verteilt auf zehn Gemeinden. Jede Gemeinde hat im Schnitt 500 Mitglieder. Die größte Gemeinde in Karlsruhe hat 865 Mitglieder. Jede Gemeinde hat eine eigene Satzung. Jede Gemeinde wählt ihren eigenen Vorstand. Jede Gemeinde schickt zwei Delegierte zum Oberrat. Der Oberrat ist das höchste Organ in Baden. Dieser hat die Organisationshoheit über die Gemeinden. Der Oberrat wählt einen Vorsitzenden, zwei Stellvertreter und zwei Beiräte. Ebenso wählt der Oberrat auch zwei Delegierte für das Direktorium im Zentralrat in Deutschland.

Natürlich gibt es in den Gemeinden viel zu tun. Neben der religiösen Arbeit findet auch viel kulturelle und soziale Arbeit statt. Wir bieten neben den Gemeindeaktivitäten u. a. Synagogenführungen oder jüdische Kulturtage an. Der interreligiöse Dialog wird gelebt. Alle zehn Gemeinden sind, so wie hier in Stuttgart, Einheitsgemeinden und für alle Strömungen offen.

JÜDISCHE JUDGENDLICHE

Wir haben in Baden auch ein Jugendzentrum. Dieses ist unser ganzer Stolz. Das Jugendzentrum führt alle Jugendlichen der zehn Gemeinden zusammen. Insgesamt sind es rund 150 Jugendliche, die der JuJuBa, der Jüdischen Jugend Baden, angehören. Das Problem ist, dass wir in den Gemeinden nur wenige Kinder und Jugendliche für den jüdischen Religionsunterricht (als staatliches Unterrichtsfach) haben, so dass diese meis-

tens allein oder nur in kleiner Zahl in der Schule sind. Die Kinder und Jugendlichen fühlen sich in der Schule daher oft schwach und unsicher.

Anwachsender Antisemitismus ist auch ein Problem für unsere Schüler an den Schulen. Das wissen wir nicht erst seit heute, das ist auch schon seit 20 Jahren ein Problem. Das war der Grund warum wir alle Jugendlichen in der IRG Baden zusammengebracht haben. Dann fühlen sie sich erstmal stark. Sie wissen, was ihre Identität ist. Sie sehen, dass sie nicht allein in der Welt sind. Sie müssen nicht allein gegen den Rest der Welt in der Schule stehen. Gemeinsame Identität verbindet und macht stark.

Frau Traub hatte schon die Jewrovision erwähnt. Das ist das Highlight jedes Jahr in ganz Deutschland. Das ist auch für mich ein Höhepunkt des Jahres, wenn ich da sehe und erlebe wie 1.200 jüdische Jugendliche zusammenkommen. Das macht sie stark und gibt auch mir viel Kraft. Es ist zudem ein positiver Blick in die Zukunft. Wir haben darüber hinaus auch einen Studentenverband in Baden mit 80 Studentinnen und Studenten. Es handelt sich dabei um die zweite Generation der Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion. Deren Kinder sind bestens integriert in unsere Gesellschaft. Der Studentenverband organisiert viele Veranstaltungen, was mir persönlich sehr gut gefällt.

SICHERHEIT UND UNSICHERHEIT DER JÜDINNEN UND JUDEN IN DER EUROPÄISCHEN GESCHICHTE

Nun möchte ich aber zu meinem eigentlichen Thema kommen: Sicherheit und Sicherheitsgefühl! Ich frage mich sehr oft, warum sind wir Juden empfindlicher als andere Völker, wenn es um Sicherheit geht? Warum ist das so? Es ist schon von allen meinen Vorrednern erwähnt worden: Es geht von der Geschichte aus.

Betrachten wir unsere Geschichte: Dafür müssen wir nicht 4.000 Jahre zurückgehen, lassen Sie uns nur die letzten 1.000 Jahre betrachten. Um das Jahr 1100 hatten wir die Kreuzzüge. Bevor der Kreuzzug Richtung Jerusalem zog, wurden innerhalb weniger Tage tausende Jüdinnen und Juden in Mainz, Speyer und Worms ermordet. 250 Jahre später, im Jahr 1350, wütete die Pest in Europa. Die Jüdinnen und Juden wurden beschuldigt, die Brunnen vergiftet zu haben. Daraus resultierte wiederum Verfolgung, Flucht und Ermordung. Während der Inquisition in Spanien im Jahr 1500 wurden die Jüdinnen und Juden entweder vertrieben oder vielfach verbrannt. Im Jahr 1880 ereigneten sich Pogrome in Russland und wieder Verfolgung, Vertreibung und Ermordung.

Die Geschichte wiederholt sich immer wieder. Natürlich war die schlimmste Zeit in den Jahren 1933 bis 1945. In Deutschland und in Europa wurde das jüdische Leben fast zu hundert Prozent ausgelöscht. Es wurden sechs Millionen Jüdinnen und Juden umgebracht.

Warum erzähle ich das?

Wir tragen diese Geschichte in uns und wir werden das nicht vergessen. Das Lernen wir in der Schule und das steckt tief in uns drin. Deswegen sind wir sehr, sehr empfindlich. Zwischen diesen Ereignissen haben sich die Jüdinnen und Juden oft sicher gefühlt. Aber die Sicherheit war trügerisch. Wir waren hier in Europa integriert und vielfach assimiliert. Wir haben für die Wirtschaft, für die Kultur und andere Bereiche viel beigetragen. Aber dann, nach einer gewissen Zeit, ereigneten sich wieder diese schrecklichen Dinge und das ist natürlich in uns drin.

Ich saß gestern mit dem Schriftsteller Rafael Seligmann zusammen und habe ihm vom heutigen Fachtag erzählt. Er hat mir etwas gesagt, dass ich zuvor nicht gewusst hatte. Er hat mir gesagt, dass die NSDAP im Jahr 1928 2,6 Prozent bei den Wahlen bekommen hatte. Im Jahr 1930 waren es bereits 18,3 Prozent. Und bereits im Jahr 1933 kam es zur Machtergreifung. Also nach insgesamt nur fünf Jahren!

SICHERHEIT UND SICHERHEITSGEFÜHL HEUTE

Wenn wir nichts machen, wenn wir jetzt schlafen – ich sage nicht, dass wir jetzt wieder vor so einem Bruch stehen – dann heißt das aber für uns Jüdinnen und Juden, dass wir wieder unsicher sind.

Wenn wir Plakate sehen von irgendwelchen Parteien auf denen "Israel ist unser Unglück – Schluss damit!" steht und Polizei und Justiz nichts dagegen tun, dann fühlen wir uns unsicher. Vielleicht ist das rechtlich in Ordnung. Jede Minderheit sollte ihre Meinung sagen dürfen. Aber wenn sie da schreiben "Israel ist unser Unglück" meinen sie nicht den Staat Israel. Sie meinen: Die Juden sind unser Unglück!

Die Leute, die normalen Menschen auf der Straße, sehen den Unterschied zwischen Israel und den Jüdinnen und Juden nicht.

Ich sage nicht, dass man blauäugig ist oder dass man nichts dagegen macht. Die Gesetze gegen den Rechtsradikalismus in Deutschland sind nach meiner Meinung fortgeschrittener als in vielen anderen Ländern, aber das reicht nicht aus! Die Sicherheit der Jüdinnen und Juden in Deutschland muss weiter erhöht werden. Und aktuell, während der Europawahl, wurde dieses Plakat, das ich genannt habe, vor unserer Synagoge in Pforzheim aufgehängt. Es hat da eine Demonstration mit 150 Personen stattgefunden. Einem 92-Jährigen,

der gesehen hat, wie die Synagoge 1938 in Pforzheim gebrannt hat, habe ich das Wort gegeben und er sagte: So hat es damals auch angefangen mit solchen Hetzparolen, in den 30er-Jahren. Damals konnten wir nichts dagegen sagen, durften nicht dagegen demonstrieren. Aber heute müssen wir dem entgegenstehen, dagegen demonstrieren.

Ich weiß, dass die Mehrheit der Gesellschaft uns zur Seite steht, dass die Gesellschaft, die Politik und die Polizei uns zur Seite stehen. Wir sehen, dass sie viel für die Sicherheit und gegen Antisemitismus tun. Ich fühle mich auch persönlich sicher. Doch man muss auch die Zusammensetzung jüdischer Gemeinden kennen.

Wie bereits gesagt wurde, sind in den 1990er Jahren 120.000 Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland gekommen. In der Sowjetunion konnten sie nicht ihr Judentum so frei leben. Sie hatten Angst. Wenn also hier etwas passiert, wie etwa die Festnahme eines ISIS-Schläfers in Freiburg vor einem halben Jahr, wie es in der Zeitung stand, kommen die Mitglieder aus den verschiedenen Gemeinden zu mir und sind sehr beunruhigt. Sie fragten etwa: Was sollen wir machen? Wie steht es um unsere Sicherheit? Kommen die ISIS-Schläfer morgen zu uns? Jetzt haben sie einen erwischt, vielleicht sind da aber noch zehn weitere, die man noch nicht erwischt hat. Dann muss ich die Gemeindemitglieder beruhigen und ihnen sagen, dass die Polizei alles in ihrer Macht Stehende tut, wobei wir ja auch nicht alles sehen, was die Polizei tatsächlich macht. Ich weiß, dass die Mehrheit der Gesellschaft hinter uns steht. Das ist nicht nur unser Kampf allein, das ist der Kampf von allen Demokratinnen und Demokraten.

Mein Großvater ist mit meinem Vater im Jahr 1935 wegen des Kommunismus aus Usbekistan nach Afghanistan geflohen. Sie waren dort acht Jahre. Im Jahr 1946 sind sie nach Israel weitergezogen. Mit dem Krieg in Europa hatten sie glücklicherweise nichts zu tun. Ich wurde in Israel geboren und dann bin ich 1979 nach Deutschland gekommen, wo ich geheiratet habe und nun drei Kinder sowie ein Enkelkind habe. Ich weiß nicht, ob meine Enkel hier weiterleben werden. Ich weiß es nicht. Wenn ich zurückschaue auf die Generationen, die fliehen mussten, kann ich nur sagen: Ich bin freiwillig gekommen. Ich bin nicht verfolgt worden. Natürlich gibt es aber auch hier viele antisemitische Vorfälle. Manche passieren in den Schulen, Jüdinnen und Juden werden bespuckt und beschimpft, zuletzt in Berlin. Fast jeden Tag ereignet sich in Deutschland ein antisemitischer Vorfall. Die Ulmer Synagoge ist zweimal beschädigt worden. Und dann noch die ganzen Plakate. Und noch etwas. Vor den Europawahlen fuhr ein Bus vor einer Synagoge in Pforzheim vorbei. An einem Samstag. Wie kann man das zulassen, dass diese Leute während eines Gebets vor der Synagoge in Pforzheim

richtig laut die ganze Straße beschallen mit der Parole "Raus aus Deutschland!"? Sie haben nicht gesagt, Juden raus aus Deutschland, aber sie haben gesagt, raus aus Deutschland und das haben wir in der Synagoge gehört. Ein Mädchen ist rausgerannt und hat alles fotografiert und die Leute im Bus angeschrien, sie sollen verschwinden. Die sind dann tatsächlich verwunden.

In meiner Gemeinde haben wir 15 Gemeindemitglieder, die darum gebeten haben, keine Post mehr von der Gemeinde zu erhalten, da sie nicht als Jüdinnen oder Juden erkannt werden wollen. Diese Menschen haben Angst. Dies ist in vielen Gemeinden leider Realität.

Ich will Herrn Blume zitieren. Das mach ich in letzter Zeit oft. Michael Blume sagte, wenn wir Antisemitismus bekämpfen, schützen wir nicht nur 9.000 Jüdinnen und Juden in Baden-Württemberg, sondern wir schützen zwölf Millionen Bürger des Landes.

Ich höre Politiker oft sagen, Antisemitismus hat keinen Platz in Deutschland! Sie vergessen aber: Antisemitismus ist in Deutschland schon da. Die Unsicherheit, das Unsicherheitsgefühl steigt.

In Wirklichkeit, wenn ich das vorsichtig sagen darf, ist nicht viel passiert in Deutschland. Es wurden Menschen bespuckt, es wurde ein Stein in eine Synagogenwand geworfen. Das ist schlimm, aber da ist glücklicherweise niemand gestorben.

Aber man muss verstehen, für uns ist das dennoch erschreckend: Ich hatte es erwähnt, 1928 hatte die NSDAP noch 2,6 Prozent und fünf Jahre später kam es schon zur Machtergreifung. Wenn hier in Deutschland eine Bombe in einer Synagoge hochgeht oder irgendwo in der Schule Jüdinnen und Juden sterben oder andere Menschen aufgrund antisemitischer Motive dann erst wachen wir auf, dann machen wir was.

Ich denke, wir sind weit von den Verhältnissen Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre entfernt. Aber es kann dennoch wieder passieren. Deswegen bin ich mir sicher, dass wir die Sicherheit der Synagogen verbessern müssen. Wir brauchen geschultes Sicherheitspersonal in den Gemeinden und wir müssen die Empfehlungen im Bericht das Antisemitismusbeauftragten Dr. Michael Blume weitestgehend umsetzen.

Denn dies ist sehr wichtig, wenn wir hier in Deutschland Sicherheit für die Jüdinnen und Juden in Deutschland haben wollen.

VIELEN DANK!



AKTUELLE ERKENNTNISSE DER ANTISEMITISMUSFORSCHUNG.

DR. MATHIAS BEREK

Technische Universität Berlin - Zentrum für Antisemitismusforschung

Hinweis:

Die folgenden Ausführungen werden als Aufsatz inklusive von Quellenangaben dargestellt, um der wissenschaftlichen Nachvollziehbarkeit Rechnung zu tragen. Die Inhalte entsprechen der Rede von Herrn Dr. Mathias Berek.



Dr. Mathias Berek stellte den aktuellen Stand der Antisemitismusforschung dar.

Foto: Steffen Schmid

DIE WEITERBESTEHENDE BEDROHUNG

Wissenschaftliche Forschung muss sich oft in trockenen Zahlen und abstrakten Begriffen ausdrücken. Aber selbst wenn es im Folgenden auch um Zahlen und Begriffe gehen wird: Das weiter bestehende Problem Antisemitismus lässt sich am Deutlichsten immer noch mit der simplen Tatsache beschreiben, dass in diesem Land Synagogen und andere jüdische Einrichtungen rund um die Uhr von der Polizei geschützt werden müssen, als wäre das völlig normal. Antisemitische Einstellungen in Deutschland nehmen zwar langfristig ab, bleiben aber ein nicht zu bagatellisierendes Problem.

Rund ein Zehntel der Bevölkerung bekennt sich offen zu seiner Judenfeindschaft, dazu kommen mindestens ein weiteres Fünftel, das in Umfragen latent antisemitische Einstellungen äußert.

Vergleicht man die Situation in Deutschland mit der europäischen und der globalen Lage, dann liegt die Bundesrepublik im positiven Sinne vorn. Problematischer ist die Lage in einigen katholischen und christlich-orthodoxen europäischen Ländern, um Größenordnungen problematischer ist sie etwa in der Türkei und dem Nahen Osten. So bekannten sich in einer weltweiten Umfrage des Jahres 2015 in Deutschland 8% der Befragten offen dazu, Juden nicht zu mögen. Das sind ähnlich wenige wie in den Niederlanden (6), dem Vereinigten Königreich oder den USA (7). In Frankreich und Russland äußerten das immerhin schon 11%, in Ungarn, Spanien und Portugal zwischen 14 und 16%. In Griechenland dagegen waren es ein Drittel der Befragten und in der Türkei und dem Iran mehr als die Hälfte, die sich explizit als Judenfeinde äußerten.¹

Dennoch ist nicht zu vergessen, dass die Lage in Europa generell besser geworden ist – auf lange Sicht seit dem Ende des zweiten Weltkriegs und mittelfristig im Blick auf die letzten 20 Jahre. Antisemitismus ist heute eine Minderheitenposition in Deutschland und den meisten europäischen Ländern.²

Das heißt jedoch keineswegs, dass von Minderheitenpositionen keine Bedrohung ausgeht.

Europaweit nehmen 89 % der Jüdinnen und Juden einen Anstieg der Bedrohung wahr – persönlich und als Gruppe, auf der Straße, im Büro, in den Medien und im Internet. Fast ein Drittel wurde in den zwölf Monaten vor der Umfrage persönlich attackiert, 2 % wurden Opfer körperlicher Angriffe.³

¹ Anti-Defamation League: ADL Global 100 Poll - 2015 Update in 19 countries. 2015. http://www.adl.org/assets/pdf/ press-center/ADL-Global-100-Executive-Summary-2015.pdf

² Pew Research Center: Being Christian in Western Europe. 2018. https://www.pewforum.org/2018/05/29/being-christian-in-western-europe

³ FRA – European Union Agency for Fundamental Rights: Experiences and perceptions of antisemitism. Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU. Publications Office of the European Union: Luxembourg 2018.

FORMEN DES ANTISEMITISMUS

Die aktuelle Forschung identifiziert meistens drei grundlegende Erscheinungsformen des Antisemitismus: Der traditionelle Antisemitismus äußert sich in seit langem bekannten judenfeindlichen Stereotypen und Unterstellungen. In Umfragen wie der Leipziger Mitte-Studie ist die Zustimmung zu dieser Form seit dem Jahr 2002 rückgängig, allerdings in den letzten Jahren stabil. Dieser Antisemitismus äußert sich in Aussagen wie: "Die Juden haben zu viel Einfluss in Deutschland". Dem stimmten im Jahr 2018 ein Zehntel der Befragten zu, immerhin ein Rückgang auf die Hälfte seit dem Jahr 2012. Als latente Zustimmung gilt es hier, wenn die Befragten der Aussage "teils/teils" zustimmten – bei dieser Aussage im Jahre 2018 war das immer noch ein Fünftel.⁴

Als sekundären Antisemitismus bezeichnet man eine Ausformung des Judenhasses, der erst nach der Schoah entstand, vor allem in Deutschland und Österreich. Darin wird dem Judentum vorgeworfen, vom Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden zu profitieren, ihn zu instrumentalisieren oder sogar ganz zu erfinden. Eine für diese Form typische Aussage in Umfragen ist: "Reparationsforderungen nützen einer Holocaustindustrie". Dem stimmten 2018 ein Drittel der Befragten offen zu, ein weiteres Drittel latent. Auch hier ist ein gewisser Rückgang zu verzeichnen: Im Jahr 2012 hatten dieser Aussage noch 42% zugestimmt.⁵ Die dritte und heute am weitesten verbreitete Ausformung ist der israelbezogene Antisemitismus: der Hass gegen Juden und Jüdinnen in Äußerungen über Israel. Israelbezogener Antisemitismus macht jüdische Menschen überall auf der Welt für die Politik Israels verantwortlich und charakterisiert gleichzeitig israelische Politik als typisch jüdisch. Dabei lädt er Kritik an der Politik des Staats Israel mit traditionellen antisemitischen Stereotypen auf, zum Beispiel "Kindermörder", "blutrünstig", "rachsüchtig", "heimtückisch". Unter anderem durch eine Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus dämonisiert er Israel als das ultimative Böse der Gegenwart, er legt doppelte Standards bei der Bewertung israelischer Politik an und delegitimiert die Existenz des Staates. In Umfragen wird diese Form des Antisemitismus zum Beispiel mit der Aussage gemessen: "Durch die israelische Politik werden mir Juden immer unsympathischer". Dem stimmten im Jahr 2012

Oliver Decker & Elmar Brähler (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft.

Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Psychosozial-Verlag: Gießen 2018, S. 78; Andreas Zick, Daniela Krause,
Wilhelm Berghan & Beate Küpper: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2016, in: Andreas Zick,
Beate Küpper & Daniela Krause (Hg.): Gespaltene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in
Deutschland 2016, J.H.W. Dietz Nachf.: Bonn 2016, S. 33-81.

⁵ Decker / Brähler 2018, S. 200.

noch ein Viertel der Befragten offen zu, im Jahr 2018 noch 12% (plus weitere 27% durch latente Zustimmung).⁶ Im Jahr 2019 hatten fast 40% der Befragten in der Bielefelder Mitte-Studie kein Problem damit, Israel mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen.⁷ In statistischen Untersuchungen wurde nachgewiesen, dass "Israelkritik" ohne Korrelation zu anderen antisemitischen Einstellungen zwar möglich, aber selten ist. Auch ist der israelbezogene Antisemitismus im Gegensatz zu den anderen Ausformungen gleichmäßiger in allen Bevölkerungsgruppen vorhanden. Das heißt, auch formal höher gebildete oder politisch weiter linksstehende Menschen zeigen sich nicht im selben Ausmaß weniger anfällig für Antisemitismus als bei den anderen beiden Formen.⁸

Antisemitismus tritt sowohl als geschlossenes Weltbild auf, als auch in Form fragmentarischer Stereotypen. Es gibt also nicht nur geschlossen antisemitische Persönlichkeiten, sondern auch Menschen, die, ohne weiter darüber nachzudenken, einzelne antisemitische Behauptungen äußern.

Auch lässt sich, wie schon erwähnt, zwischen offen bekanntem und manifestem Judenhass und latentem oder in "Umwegkommunikation" geäußertem Antisemitismus unterscheiden. Ein Beispiel für latente Äußerungen sind die erwähnten "teils/teils"-Zustimmungen zu antisemitischen Aussagen, mit denen die Befragten ihre oft vorhandenen Einstellungen aufgrund der öffentlichen Sanktionierung des Antisemitismus abschwächen. Mit Umwegkommunikation ist das Phänomen gemeint, traditionell-antisemitische Einstellungen, die öffentlich nicht folgenlos geäußert werden können, über den Umweg von gesellschaftlich eher tolerierten Aussagen zu transportieren: etwa der Kritik am Schoah-Gedenken oder an der Politik Israels.

In der Forschung wird allerdings zunehmend in Frage gestellt, Antisemitismus als "Vorurteil" zu verstehen, das sich erst noch im Abgleich mit der Faktenlage bewähren müsste. Denn damit wird antisemitisches Denken nachvollzogen – und unterstellt, dass Antisemitismus in irgendeiner Form auf Erfahrungen basieren würde. Es bleibt aber dabei, dass Antisemitismus nichts mit dem Verhalten von Jüdinnen und Juden zu tun hat, sondern ausschließlich mit dem Denken und Handeln von Antisemitinnen und Antisemiten.⁹ Interessanterweise wird sich in der Forschung zu selten tiefer mit den Gründen für den Rückgang in vie-

⁶ Decker / Brähler 2018, S. 200.

⁷ Andreas Zick, Beate Küpper & Wilhelm Berghan: Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, J. H. W. Dietz Nachf.: Bonn 2019, S. 70f.; Zick / Küpper / Krause 2016, S. 44f.

⁸ Andreas Zick & Beate Küpper: Antisemitische Mentalitäten. Bericht über Ergebnisse des Forschungsprojektes Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland und Europa. Expertise für den Expertenkreis Antisemitismus, Universität Bielefeld, 2011, S. 29-32; Zick / Küpper / Berghan 2019, S. 102-114.

⁹ Oliver Decker; Johannes Kiess & Elmar Brähler: Antisemitische Ressentiments in Deutschland: Verbreitung und

len Bereichen antisemitischer Einstellungen beschäftigt. Zwar wird zurecht des Öfteren auf das Phänomen der Umwegkommunikation als Grund verwiesen. Beinahe nie wird allerdings in Betracht gezogen, dass Bildungs- und Präventionsmaßnahmen der letzten Jahrzehnte durchaus wirksam gewesen sein können. Ein Hinweis darauf könnte auch sein, dass in Umfragen die Jüngeren fast immer weniger zu antisemitischen Einstellungen neigen als die Älteren.

Grund zur Entwarnung besteht angesichts der Zahlen nicht, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass einer sinkenden Zahl bekennender Antisemiten und Antisemitinnen eine stabile Zahl von antisemitischen Straftaten gegenübersteht.

Das alles ist vor allem die Forschungslage in Deutschland. In anderen Forschungskontexten wird beispielsweise in Frage gestellt, dass es sich bei den drei genannten Ausformungen um Varianten ein und desselben Antisemitismus handelt. Auch wird außerhalb der deutschsprachigen Forschung Antisemitismus oft als eine Unterform von Rassismus diskutiert und weniger als ein neben dem Rassismus bestehendes Phänomen.

EINFLUSSFAKTOREN

10

Studien haben eine Reihe von Einflussfaktoren für antisemitische Einstellungen diagnostiziert. Die wichtigsten, mit abnehmender Wichtigkeit:

- Politische Einstellung: Je weiter rechts eine Person steht, desto eher tendiert sie zu Antisemitismus. In den meisten Studien zeigt sich eine fast lineare Kurve von linker bis rechter politischer Selbstverortung. Bei israelbezogenem Antisemitismus sind die Unterschiede jedoch weniger stark ausgeprägt. Und in der aktuellen Bielefelder Mitte-Studie zeigten Befragte, die sich ganz links verorteten, höhere Zustimmungsraten als die sich als moderat links Verstehenden.¹⁰
- Autoritäre Einstellungen: Dem autoritären Syndrom kommt eine große Bedeutung für antisemitische Einstellungen zu. Dazu gehört sowohl die Unterwerfung des Subjekts unter die Autorität und Konvention als auch die Teilhabe an der Macht durch aggressive Abwertung und Unterwerfung von Menschen oder Gruppen, die im Namen der Konvention als andere markiert werden.

Differenz, Pluralität und gleiche Rechte für alle stehen autoritären Einstellungen und Persönlichkeitsmustern entgegen.¹¹

- Nationalismus: In engem Zusammenhang mit den beiden bisher genannten Faktoren steht das Bekenntnis zur Nation. Je nationalistischer sich Befragte äußern, desto eher stimmen sie auch antisemitischen Aussagen zu. In Verbindung damit steht auch das Ergebnis, dass Menschen, die die ökonomische Perspektive ihres Landes schlechter einschätzen, eher zu Antisemitismus neigen.
- Verschwörungsideologien: Ebenfalls im Zusammenhang mit autoritären und nationalistischen Einstellungen steht die Neigung, sich die Komplexität der globalisierten modernen Welt mit kontrafaktischen Vorstellungen von einzelnen persönlichen Akteuren, die sich gegen die Mehrheit der Welt im Geheimen verschwören, vereinfacht zu erklären. Und wer zu Verschwörungstheorien neigt, dem liegen antisemitische Vorstellungen tendenziell nahe.
- Im Umkehrschluss zu allen bisher genannten Faktoren haben Menschen eine umso schwächere Tendenz zu antisemitischen Einstellungen, je offener sie gegenüber Migration, Differenz, Pluralität und dem "Anderen" sind.
- Bildung: Je weniger formal gebildet Menschen sind, desto eher neigen sie zu antisemitischen Einstellungen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass bei höher Gebildeten auch davon ausgegangen werden kann, dass diese sich eher bewusst sind, welche Äußerungen gesellschaftlich akzeptabel sind.
 Dies kann die Unterschiede in den Umfragen in diesem Punkt mindestens zum Teil erklären. Dafür spricht auch, dass beim israelbezogenen Antisemitismus die Bildung nur noch einen schwachen Einfluss auf die Einstellung zeigt. Generell aber bleibt die Wissensvermittlung ein wichtiges Element der Antisemitismusprävention. In einer europaweiten Umfrage gab ein Drittel der Befragten an, zu wenig über die Schoah zu wissen.¹²
- Religion: Je religiöser Menschen sind, desto höhere Tendenzen bestehen hinsichtlich der Abwertung des Judentums. Das betrifft in Umfragen Christen wie Muslime, letztere tendenziell stärker.

¹¹ Oliver Decker: Flucht ins Autoritäre, in: Decker / Brähler 2019, S. 15-63.

¹² Richard Allen Greene: A Shadow Over Europe, Cable News Network, 2018. https://www.cnn.com/specials/europe/anti-semitism-europe

Teilweise ist das auch durch den engen Zusammenhang zwischen religiös-fundamentalistischen und den erwähnten autoritären Einstellungen zu erklären.¹³

- Anerkennung: Je weniger sich Befragte als Bürger ihres Landes anerkannt fühlen, desto stärker neigen sie zur Befürwortung antisemitischer Aussagen.
- Alter: Jüngere zeigen durchweg weniger antisemitische Einstellungen als Ältere.
- Migration: In einigen Umfragen zeigte sich ein leichter Einfluss eines Migrationshintergrunds, der sich aufgrund der Vielfalt von Herkunftsländern und Migrationsgründen aber nicht als einheitliche Gruppe fassen lässt. Und eine Auswertung nach einzelnen Herkunftsländern erlaubt aufgrund der sehr geringen Fallzahlen keine verlässlichen Aussagen. Eine Untersuchung in fünf europäischen Ländern fand keine Belege dafür, dass es einen Einfluss der verstärkten Zuwanderung aus muslimisch geprägten Ländern seit 2011 auf die Entwicklung des Antisemitismus gegeben hat.¹⁴

ANTISEMITISMUS ONLINE

Alle Bereiche des Internets, insbesondere die sozialen Medien, sind heute ein wichtiger Ort der antisemitischen Bedrohung. Onlinewelten kommt eine wichtige Rolle dabei zu, Antisemitismus zu verstärken, zu normalisieren und zu verbreiten.

Online und wieder vor allem in den sozialen Medien sind im Verhältnis mehr Antisemiten aktiv als außerhalb, weshalb die Onlinewelt oft antisemitischer erscheint als die wirkliche Welt.

Eine aktuelle Zehn-Jahres-Studie diagnostizierte im Netz eine Zunahme und Radikalisierung antisemitischer Präsenz. Die Spielräume des Sagbaren seien gewachsen. Und die traditionellen Stereotype seien immer noch die Basis der meisten judenfeindlichen Aussagen.¹⁵

Doch das Medium Internet ist nicht verantwortlich für die Entstehung des Antisemitismus. Und: es ist ebenso ein Medium der Gegenwehr und Prävention. Das wird trotz vieler auf den Weg gebrachten Maßnahmen seitens der Zivilgesellschaft, des Staates und der Provider noch zu wenig bedacht.

¹³ Vgl. Pew Research 2018.

David Feldman: Antisemitism and Immigration in Western Europe Today. Is there a connection? Findings and recommendations from a five-nation study, Foundation 'Remembrance, Responsibility and Future' (EVZ), Pears Institute for the study of Antisemitism, University of London: Berlin / London 2018. Vgl. zum gesamten Absatz die erwähnten Mitte-Studien von Decker / Brähler, und Zick et al.

¹⁵ Monika Schwarz-Friesel: Antisemitismus 2.0 und die Netzkultur des Hasses, Technische Universität Berlin: Berlin 2018.

Online-Antisemitismus braucht noch weitere Forschungsanstrengungen und noch breitere und intensivere Maßnahmen der Gegenwehr.

ANTISEMITISMUS UND ANDERE FORMEN DER GRUPPENBEZOGENEN MENSCHENFEINDLICHKEIT

Die Diagnose eines Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit besagt, dass, wer eine Gruppe abwertet, sehr wahrscheinlich auch andere Gruppen abwertet. Konkret korrelieren antisemitische Einstellungen besonders mit der Abwertung Asylsuchender, mit extrem rechten und mit rechtspopulistischen Einstellungen. Aber auch Betroffene von Rassismus oder Sexismus können antisemitische Einstellungen hegen. Die eigene Diskriminierungserfahrung immunisiert nicht automatisch gegen die Diskriminierung anderer, sie kann sogar zur Legitimierung von Antisemitismus genutzt werden. Im Gegenzug wird die Kritik des Antisemitismus zunehmend zur Legitimation rassistischer Einstellungen genutzt. In der antisemitismuskritischen Präventions- und Bildungsarbeit herrscht dagegen ein weit verbreiteter Konsens, dass Antisemitismus und Rassimus in ihrem Zusammenhang und ihrer Wechselwirkung untersucht und bearbeitet werden müssen, ohne sie damit gleichzusetzen oder einander unterzuordnen.

ANTISEMITISMUS ALS PROBLEM DER GESAMTEN GESELLSCHAFT

Antisemitismus ist in allen Bereichen der Gesellschaft vorhanden. Gleichzeitig fehlt diese Einsicht oft.

Antisemiten sind im Zweifelsfall immer die anderen.

Beispielsweise wurde im Rahmen der Arbeit des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus des Deutschen Bundestags an die politischen Parteien ein Fragenkatalog zum Antisemitismus verschickt: Die CDU hielt ihn vor allem für ein Extremismusproblem. Die Linke kritisierte vor allem die Mitte, nicht jedoch linken und migrantischen Antisemitismus. Die AfD antwortete gar nicht erst. Es mangelt immer noch an ausreichender Selbstreflexion und Selbstkritik in allen Organisationen und Institutionen, und zwar unabhängig davon, ob sie gesellschaftlichen Mehrheiten oder Minderhei-

Wilhelm Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002 sowie 2003, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 2, Suhrkamp: Berlin 2003, S. 13-32.

¹⁷ Zick / Küpper / Berghan 2019.

Mathias Berek: Importierter Antisemitismus? Zum Zusammenhang von Migration, Islam und Antisemitismus in Deutschland, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 26, 2017, S. 327-360.

¹⁹ Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Deutscher Bundestag, 2017, S. 159-163.

ten zuzuordnen sind. Dazu gehören nicht nur Parteien, sondern auch die Verwaltung, Unternehmen, Gewerkschaften, Religionsverbände und Organisationen der Zivilgesellschaft.

Die Feststellung, der Antisemitismus sei ein Problem der gesamten Gesellschaft, will aber nicht auf eine Beliebigkeit von Analyse und Kritik hinaus. Gerade beim Antisemitismus sind differenzierte, an die Zielgruppe angepasste Reaktionen nötig. Untersuchungen, Bildungs- und Präventionsmaßnahmen müssen bei muslimischen Jugendlichen in Berlin anders gestaltet sein als bei Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in Mannheim oder AfD-Anhängern in Meißen.

KONSEQUENZEN

Vor allem aber ist es für eine effektive Bekämpfung von Antisemitismus wichtig, die Kritik an ihm nicht für andere Motive instrumentalisieren zu lassen – egal, ob für die rassistische Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsteile, denen als Ganzes Antisemitismus unterstellt wird, oder für die Legitimation des Ausbaus von Befugnissen der Exekutive. Aus einer solchen Instrumentalisierung erwächst der Antisemitismuskritik ein ernsthaftes Glaubwürdigkeitsproblem und damit die Gefahr, an Wirksamkeit zu verlieren.

Ein zweiter wichtiger Punkt für die Prävention von Antisemitismus ist, durchaus vorhandene positive Entwicklungen nicht zu ignorieren, auch wenn das Medien- und Forschungslogiken in manchen Fällen zuwiderläuft.

Es wird in der Forschung wie der Öffentlichkeit noch zu wenig wahrgenommen, dass antisemitische Einstellungen unter Jüngeren und besser Gebildeten weniger verbreitet sind und im Ganzen langfristig zurückgehen. Doch man muss auf dieser Erkenntnis aufbauen, wenn man wissen will, wo der Kampf gegen Antisemitismus erfolgreich war – und wie er noch erfolgreicher werden kann.

DIE ARBEIT DES BEAUFTRAGTEN DER LANDESREGIERUNG GEGEN ANTISEMITISMUS.

DR. MICHAEL BLUME

Beauftragter der Landesregierung gegen Antisemitismus



Dr. Michael Blume beschrieb seine Erfahrungen aus der Arbeit des Antisemitismusbeauftragten der Landesregierung.

Foto: Steffen Schmid

MEINE SEHR GEEHRTEN DAMEN UND HERREN.

Sie fragen nach der Arbeit des Antisemitismusbeauftragten. Wir sind uns einig, dass es sehr traurig ist, dass es dieses Amt überhaupt wieder braucht. Wobei man tatsächlich sehr, sehr gut zu tun hat. Heute Morgen zum Beispiel erreichten mich wieder Meldungen: Greta Thunberg sei zum Beispiel eine Marionette der jüdischen Milliardäre Abramowitsch und Soros, die gemeinsam mit den Medien alles kontrollierten. Es gehe darum, unsere Autofahrer zu verfolgen und unsere Autoindustrie zu zerschlagen. Der jüdische Studentenbund Baden richtete sich in einer Erklärung gegen eine Veranstaltung einer Partei in Heidelberg und der zweite Kommentar im Internet dazu war: Da die Juden selber Rassisten wären, sollten sie nicht dagegen sprechen dürfen. In unserem baden-württembergischen Parlament haben wir einen Arzt aus Bayern, der also zumindest nach den meisten Definitionen keinen Migrationshintergrund hat, der beispielsweise verkündet, dass die Protokolle der Weisen von Zion echt wären. Es gab jetzt eine Abstimmung, wo neun Abgeordnete sich dafür ausgesprochen haben, ihn wieder in die Fraktion aufzunehmen, hier in unserem Parlament. Elf haben sich dagegen ausgesprochen. Sie sehen, das Thema Antisemitismus ist kein Thema, das nur woanders stattfindet. Mein persönlicher Hoch- bzw. Tiefpunkt war, als im Internet kolportiert wurde, dass die Zitteranfälle unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel, die wirklich einen Knochenjob hat, daher rühren, dass die Fernsteuerung kaputt sei, mit der sie kontrolliert werde. Ein wahnsinniger Verschwörungsglaube, der die absolute Menschenverachtung auf die Spitze treibt. Mit so etwas haben wir praktisch täglich zu tun in der Arbeit. Und da merkt man auch schon, wie man in den Reden zuvor gemerkt hat: Antisemitismus richtet sich immer auch, aber niemals nur, gegen Juden. Er kann jede andere Gruppe angreifen. Er kann immer demokratische Parteien und Medien angreifen. Er wird immer andere Gruppen wie Zuwanderer, Roma und viele andere mehr angreifen. Deswegen, Rami Suliman, du hast es so deutlich gesagt und ich will das unterstreichen, muss man ganz klar sagen:

Wer gegen Antisemitismus kämpft, der schützt nicht nur jüdisches Leben, der schützt unsere gesamte Gesellschaft. Wir müssten gegen Antisemitismus sogar dann kämpfen, wenn wir gar keine jüdischen Gemeinden bei uns haben. Wir können dankbar sein, dass wir lebendige jüdische Gemeinden bei uns haben und gemeinsam mit ihnen kämpfen können.

Deswegen vielen Dank euch für die Organisation dieses Fachtages.

DEKONSTRUKTION VON VERSCHWÖRUNGSMYTHEN

Diese ganzen Verschwörungsmythen, die ich eben aufgezählt habe, lassen sich alle aufdröseln. Zum Beispiel der Glaube, die Reptiloiden würden angeblich mit Technologie die Bundeskanzlerin kontrollieren, die wiederum selbst Jüdin sei und ihr heimlicher Vater wäre Enoch Kohl, also Helmut Kohl. Das sind also völlig abgedrehte Verschwörungserzählungen. Diese lassen sich zurückverfolgen bis ins Mittelalter und in die Antike. Heute sind es Reptiloiden, vermeintliche Außerirdische. Damals waren es Dämonen. Die haben sogar heute noch die Schuppen. Man sieht sozusagen, dass die alten Mythen in immer wieder neuen Formen aufgenommen werden.

Ich stimme der Aussage von Herrn Dr. Berek zu, dass es eben nicht so ist, dass das Internet den Antisemitismus hervorgebracht hat, sondern dass das Internet die alten Mythen aufgreift und verschiedene Versionen neu hervorbringt und wieder verstärkt an die Leute bringt.

Viele Leute glauben, was da im Internet vielfach an Mythen verbreitet wird. Ähnlich, wie es bereits nach der Einführung des Buchdrucks auch war, als man zum Beispiel den Hexenhammer im Jahr 1486 veröffentlichte. Neben Frauen wurden auch Männer und Kinder ermordet unter dem Vorwurf, den Hexensabbat zu begehen. Die alten Mythen sind noch da. Frauenfeindlichkeit verband sich auch damals mit antisemitischen Verschwörungsmythen.

Sie merken, die Arbeit des Antisemitismusbeauftragten braucht ein gesundes Gemüt. Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat mich einmal davor gewarnt: Vorsicht, dass du nicht selbst vergiftest wirst, irgendwann, wenn man ständig diesem Hass ausgesetzt ist, wenn man ständig diesem Hass in die Augen schaut. Man muss Menschen mögen. Das gelingt mir meistens. Und es ist durchaus auch die Religion, die mir dabei hilft. Ich bin einmal gefragt worden, was die großen Religionen gemeinsam haben. Dann würde ich sagen, das kam in der Rede von Rami Suliman ganz stark raus, dass man dennoch immer wieder aufsteht, dennoch immer wieder in die Gemeinde zu gehen, dennoch immer wieder da zu sein, dennoch immer wieder zu glauben, dass Liebe stärker ist, dass es sich lohnt, Kinder in diese Welt zu setzen, dass Lernen und Wissen sich lohnen. Das steckt im Semitismus-Begriff.

Dieser Begriff geht auf Sem zurück. Im Hebräischen ist das einer der bedeutendsten Begriffe, die man überhaupt haben kann. "Shem" bedeutet "Name" und "Hashem", der Name, wird für Gott verwendet. Die "Yad Vashem"- Gedenkstätte ist Denkmal und Name, weil man den Getöteten ihren Namen wiedergeben und erhalten will. Und Sem ist in der jüdischen Überlieferung nicht nur irgendeinen Sohn von Noah, sondern

er ist derjenige, der in Alphabetschrift lehrt und schreibt, der den Bund des Regenbogens lehrt, in dem alle Menschen gleich sind. Dieses ist übrigens auch der Grund, warum Sie in die Synagoge kommen können, ohne bekehrt zu werden. Denn nach jüdischem Glauben ist es gar nicht nötig, dass wir alle Juden oder Jüdinnen werden. Wir sind alle Kinder Noahs und wenn wir uns an den noachidischen Bund orientieren, dann haben wir gemeinsam Anteil an der kommenden Welt. Übrigens lautet das siebte noachidische Gebot, einen Rechtsstaat zu errichten. Du, liebe Barbara Traub, hast es vorher zu Recht zitiert.

DIE ARBEIT DES ANTISEMITISMUSBEAUFTRAGTEN UND DER KAMPF GEGEN DEN ANTISEMITISMUS

Als die jüdischen Gemeinden ihren Vorschlag gemacht haben, mich für den Antisemitismusbeauftragten vorzuschlagen, haben sie mich vorher nicht gefragt. Aber es war ein gemeinsamer Vorschlag von Baden und Württemberg. Das zieht sich im Ländle übrigens quer durch die Religionen hinweg. Zum Beispiel Ditib, die Türkisch-Islamische Union, hat getrennte Landesverbände für Baden und Württemberg. Das finde ich sehr schön, dass sich unsere Stammeszugehörigkeiten und Religionszugehörigkeiten immer wieder neu verbinden – und am Ende lachen wir doch zusammen.

Liebe Barbara, lieber Rami, Ihr habt damals gesagt, es sei wichtig, dass nicht ein Jude, sondern ein christlicher Wissenschaftler, verheiratet mit einer Muslimin, Beauftragter wird. Was mich erst betroffen und dann bewegt hat, war die Aussage, dass die Leute ja dann vielleicht wenigstens mir glauben.

Es gibt ein kleines Team an meiner Seite. Frau Dorn ist heute da und ich will heute einfach mal die Gelegenheit nutzen und Danke sagen und mich auch entschuldigen, weil ich glaube, dass dem Team mit mir nicht langweilig wird und dass diese Arbeit sicherlich auch nicht immer leicht ist.

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen von der Polizei von der Spitze bis in die Sicherheitsbehörden hinein. Zu Ihnen darf ich sagen, Herr Innenminister, wenn ich all unsere Gespräche rekapituliere, wenn ich anrufe, geht nicht nur immer jemand ran, dann passiert auch immer schnell etwas. Sie haben mit dem Ansatz konex einen hervorragenden Ansatz gewählt: Leute aus der Praxis, aus der Wissenschaft und aus der Beratung zusammenzubringen. Gemeinsam mit Gewicht und gesellschaftlichen Akteuren etwas zu machen. Da sind Sie sehr, sehr gut aufgestellt und wenn es jetzt noch gelingt, Synagogen zu sichern, dass sich die jüdischen Mitglieder überall in Baden und Württemberg sicher fühlen können, dann kann Baden-Württemberg wirklich sagen, wir lassen die jüdischen Gemeinden nicht allein. Und dafür steht ja auch dieser Tag. Also vielen herzlichen Dank dafür!

Viele Kolleginnen und Kollegen in den Ministerien sind heute da, Frau Breitenbücher, Frau Locher-Finke, vom Staatsministerium und vom Sozialministerium und viele weitere. Sie haben mir einen Auftrag gegeben, bei dem ich ständig nerven muss und das gelingt mir auch immer wieder. Danke, dass Sie mich dann auch trotzdem nicht nur menschlich, sondern auch thematisch ernst nehmen. Es gibt tolle Verbündete in den jüdischen Gemeinden. Es wurde vorhin erwähnt: "Rent a Jew" ist zum Beispiel eine Initiative, wobei die Diskussion insbesondere über den Namen intensiv geführt wurde. Aber es hat sich nun gezeigt, wohin die Gespräche geführt haben. Hier in Stuttgart und in Karlsruhe. Es wird eine gemeinsame Initiative geben des Zentralrats "Meet a Jew" mit einem zentralen Ansatz an den Schulen die mit dem früheren "Rent a Jew" zusammenfließen.

Hier in unserem Zentrum für die Schulqualität und Lehrerbildung haben wir zum Beispiel mit Sybille Hoffmann eine hervorragende Fachfrau, die dort oft einen einsamen Kampf kämpft. Ich hoffe daher, wir können auch zukünftig diesen Bereich noch stärken. Denn wir haben allein in Baden-Württemberg über 100.000 Lehrerinnen und Lehrer. Und Sie glauben gar nicht, was ich an jeder Schule zu hören kriege! Es kommt häufig dringend die Bitte um Fortbildungen, um Lehrmaterial, um die sogenannte Holocaust-Pädagogik auf neue Füße zu stellen. Denn damit werden auch neue gemischte Klassen erreicht. In der Regierung ist die Unterstützung sehr stark. Ich habe jederzeit Zugang zum Ministerpräsidenten und zu Herrn Minister Strobl. Herr Strobl, wir haben viele Veranstaltungen gemeinsam absolviert. Sie haben immer ein offenes Ohr, Sie nehmen sich auch jetzt die Zeit zu bleiben.

Ich will es einfach mal deutlich unterstreichen: Ich habe nicht das Gefühl, dass das jetzt ein Beschluss war "jetzt haben wir einen Beauftragten, jetzt müssen wir nichts mehr machen" sondern dass tatsächlich in der Landesregierung der Wille da ist, das Thema anzugehen. Auch dafür ganz herzlichen Dank.

Ein Teil meiner Arbeit ist die Öffentlichkeitsarbeit und das versuche ich nach Kräften zu tun. Freitag war ich zum Beispiel im Haus Schönblick, Samstag im Landtag. Sabine Kurtz, wir haben uns beispielsweise gemeinsam für einen jüdischen Sozialdemokraten aus Baden stark gemacht: Ich spreche von Ludwig Marum. Wir haben gemeinsam einen guten Kampf gekämpft. Es war leider wenig Besuch und keine Medien da, aber wir setzen den Kampf fort. Wir bleiben da dran, es geht hier nicht um Christdemokraten, Sozialdemokraten, Grüne oder Liberale. Es gibt einen tatsächlichen Konsens zwischen den Demokraten. Vier von fünf Fraktionen des baden-württembergischen Landtags, also alle außer einer, haben den Antrag, der zu meinem Amt geführt hat, auch mitgetragen. Und auf diese sehr breite demokratische Unterstützung bin ich stolz und

dafür bin ich dankbar.

Eine gute Gelegenheit, auch Manuel Hagel, den Generalsekretär der CDU, zu begrüßen, der ein jüdisches Forum ausgerufen hat. Die erste Veranstaltung fand sogar zusammen mit Wolfgang Schäuble statt. Das muss man erstmal hinkriegen und ich danke auch für diese Unterstützung.

Also, Freitag Haus Schönblick, Samstag Landtag und die Kirche Sankt Maria am Sonntag in Freudental, morgen auf Einladung der Gewerkschaft in Hechingen. Ich sage das nicht, um anzugeben mit meiner Arbeitslast. Im September bin ich acht Abende zuhause, davon keinen einzigen Sonntag. Aber ich sehe das positiv. Es kommen so viele Einladungen. Das Haus ist immer voll. Die Menschen interessieren sich, sie wollen wissen, was hier eigentlich los ist, warum ist dieser alte Hass wieder da? Frau Bube vom Landesamt für Verfassungsschutz, Sie haben es schon länger im Blick und jetzt ist es sozusagen auch in der Öffentlichkeit angekommen. Ich spreche immer wieder vor vollen Häusern. Das mache ich gerne. Ich habe das Gefühl, die jüdischen Gemeinden sind diesmal nicht alleine. Ganz viele Bürgerinnen und Bürger sind an ihrer Seite. Die Religionen: Vorher war der Stadtdekan Schwesig der evangelischen Kirche noch da. Aber auch muslimische Kolleginnen und Kollegen sind da. Eine der größten Veranstaltung, die ich bisher hatte, war vom Zentrum für islamische Theologie in Tübingen, wo der Saal fast geplatzt ist, wo viele Musliminnen und Muslime sich ganz aktiv mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzten. Auch mit solchem Antisemitismus, welchen sie aus den Familien mitbekommen und sich fragen "Wie gehen wir damit um?". Da passiert unheimlich viel. Die islamische Theologie hat da eine große Verantwortung und noch einen weiten Weg vor sich.

DER BERICHT DES ANTISEMITISMUSBEAUFTRAGTEN

Und zum Schluss, der Landtag hat um einen Bericht gebeten mit Handlungsempfehlungen ans Parlament. Ich sehe den Abgeordneten Halder nicken. Er hat ihn sicher schon genau gelesen. Dieser Bericht liegt dem Landtag vor. Er ist als Landtagsdrucksache und im Internet abrufbar. Die größte Sorge, die ich bezüglich des Berichts habe, wäre die Reaktion "Ach das war aber nett, Herr Blume". Wenn der Bericht als eine bloße Fleißarbeit direkt in die Schublade wandert. Das ist meine ganz große Bitte zunächst an die Öffentlichkeit. Laden Sie sich das Ding runter! Landtagsdrucksache 16/6487! Immer die Lektüre wert. Setzen Sie sich damit auseinander! Sprechen Sie Ihre Abgeordneten an! Finden Sie Sachen gut oder finden Sie Sachen schlecht! Aber lassen Sie nicht zu, dass es in der Schublade versauert! Und die Bitte an das Parlament: Wir haben hier heute mehrere Abgeordnete und die Landtagsvizepräsidentin vor Ort. Die Debatte über den Bericht gegen

Antisemitismus könnte eine Sternstunde unseres Landtags sein. Die jüdischen Gemeinden und zum Beispiel die Familie Marum fragen, ob sie an der Debatte teilnehmen können. Ich hab große Hoffnung, dass unser Parlament richtig zeigt, was es kann. Das wäre meine große Bitte.

GRENZWERTIGE PLAKATE

Lassen sie mich noch etwas ansprechen. Und das sind die antisemitischen Plakate, die während des europäischen und kommunalen Wahlkampfes 2019 verwendet wurden. Es wurden die Plakate "Israel ist unser Unglück" bewusst in Städten mit einem hohen Migrantenanteil aufgehängt. Sie wurden bewusst dort platziert, wo die rechtsextremen Parteien Krach hervorrufen wollen. Diese Parteien wissen, sie brauchen nur 50 Plakate aufhängen und wenn sie Glück haben, kommen sie damit ins Internet und in die New York Times. Und was ich noch schlimmer als "Israel ist unser Unglück" fand, war ein zweites Plakat von der gleichen Partei. Da stand geschrieben "Wir hängen nicht nur Plakate". Meine lieben Damen und Herren, Menschen aus den jüdischen Gemeinden haben mich verärgert aber auch verängstigt angerufen. So berichtete eine Dame von ihrer jüdischen Tante, die ein solches Plakat direkt vor ihrem Haus hatte. Wer von uns könnte nicht verstehen, was da für eine Drohung und was da für ein Hass spricht? "Wir hängen nicht nur Plakate". Ich bin damals rausgegangen und hab die Ordnungsbehörde der Kommunen dazu aufgerufen, von ihrem Ordnungsrecht Gebrauch zu machen. Ich wurde dann direkt von dieser Partei auch auf der Demonstration in Pforzheim bedroht. Na gut, damit kann man leben. Aber meine große Bitte ist, und das ist mir auch dringend, dass wir uns mit dem Innenministerium, mit dem Justizministerium, mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammensetzen. Dass wir klar definieren, wo kann das Strafrecht, wo kann das Ordnungsrecht greifen?

Weil ich jetzt schon voraussage, in jedem kommenden Wahlkampf werden diese Parteien versuchen, bis an die Schmerzgrenze zu gehen. Sie testen uns. Und wir haben das gesehen in anderen Städten. Wenn alles andere erlaubt ist, marschieren eben wieder Braunhemden. Ich will das in Baden-Württemberg nicht. Ich will, dass wir alles was rechtlich möglich ist, ausschöpfen, um gegen diesen Hass vorzugehen und ihn zu stoppen.

JÜDINNEN UND JUDEN NICHT ALS OPFER BEHANDELN

Dann bin ich auch am Ende angekommen. Ich möchte zum Schluss dafür plädieren, dass wir das Judentum nicht bemitleiden. Was ich ganz häufig erlebe ist, dass Leute Mitleid mit Juden haben. Das ist so eine Ho-

locaust-Pädagogik die lange Zeit vorne stand. Das Judentum als Schwarz-Weiß-Bild von getöteten Menschen. Aber das ist Mitleid. Das ist noch kein Respekt. Mitleid heißt noch nicht, dass ich den anderen als gleichwertigen Menschen annehme. Das geschieht, wenn ich dem lebendigen Judentum begegnet bin. Das geschieht, wenn man eine Führung mit Frau Dror miterlebt hat. Das geschieht, wenn man merkt, dass man gemeinsam feiern, lachen, diskutieren kann. Das geschieht übrigens auch, wenn man merkt, dass es in den jüdischen Gemeinden die gleiche Bandbreite an Meinungen und Charaktereigenschaften gibt wie überall anders auch. Ich bitte Sie darum, die Jüdinnen und Juden nicht deswegen zu respektieren, weil Sie sie für die besseren Menschen halten. Sondern weil Sie sie für Menschen halten und als Menschen anerkennen. Liebe Frau Dror, Sie haben das einmal wunderbar auf den Punkt gebracht. Ich habe sie einmal gefragt, was Ihr schlimmstes Erlebnis war. Und ich dachte, jetzt kommt irgendwie ein abfälliger Spruch, den man Ihnen entgegengeschleudert hatte. Aber Sie sagten, es war, als eine Frau gerufen hat "macht alle Platz, eine Frau aus dem erwählten Volk will auf die Toilette". Da haben Sie sich richtig unwohl gefühlt.

Daher mein Appell: Erlauben sie Jüdinnen und Juden Menschen zu sein. Sie müssen keine besseren Menschen sein, sie dürfen einfach Menschen sein, Bürgerinnen und Bürger unseres gemeinsamen Landes.

Und wenn es dann gelingt, dass wir jüdisches Leben bei uns schützen und verteidigen gegen den neuen und alten Antisemitismus, dann tun wir damit nicht nur ein Dienst an der Vergangenheit, sondern letztlich engagieren wir uns dann auch für eine Zukunft, in der wir gemeinsam leben können, als Juden und Christen, Muslime, als Anders- und Nichtglaubende. Wenn wir gemeinsam Demokraten sein können, indem wir gemeinsam einen Rechtsstaat pflegen. Und in diesem Sinne ganz herzlichen Dank. Falls ich Sie gelangweilt habe, haben Sie es mich nicht merken lassen.

HERZLICHEN DANK!



BEKÄMPFUNG DES ANTISEMITISMUS IN BADEN-WÜRTTEMBERG:

LANDESKRIMINALDIREKTOR KLAUS ZIWEY

Leiter des Referats 32 - Kriminalitätsbekämpfung, Prävention und Kriminologie im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg



Landeskriminaldirektor Klaus Ziwey erläuterte die Herausforderungen und Maßnahmen der Polizei Baden-Württemberg beim Kampf gegen den Antisemitismus.

Foto: Steffen Schmid

SEHR GEEHRTER HERR MINISTER STROBL, SEHR GEEHRTE ABGEORDNETE DES LANDTAGS VON BADEN-WÜRTTEMBERG.

sehr geehrte Frau Prof. Traub, sehr geehrter Herr Suliman, sehr geehrte Frau Präsidentin Bube, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Fezer, sehr geehrte Herren Generalstaatsanwalt Brauneisen, Landespolizeipräsident Klotter, Inspekteur der Polizei Werner, sehr geehrter Herr Dr. Blume, geschätzte Gäste der jüdischen Gemeinde und liebe Kolleginnen und Kollegen aus Reihen der Polizei, meine sehr geehrten Damen und Herren:

GRUNDERFAHRUNG VON SCHUTZLOSIGKEIT

Aus dem Jahr 321 n. Chr. stammt ein Dekret des Kaisers Konstantin an die Stadt Köln (Colonia agrippina) im römischen Germanien. Damit wurde erstmals jüdisches Leben auf dem Gebiet des späteren Deutschland dokumentiert. Wenn Sie so wollen, ist das der ganz große weite Bogen von diesem historischen Ausgangspunkt bis zu unserem heutigen Fachtag. Dazwischen liegen fast 1700 Jahre jüdischen Lebens auf deutschem Boden. In ihrer langen Geschichte wurden Jüdinnen und Juden immer wieder verfolgt und vertrieben. Dazwischen gab es auch Epochen der Toleranz und Blütezeiten. Schutz und Sicherheit hingen aber oft wie bei einem Damoklesschwert an einem dünnen Faden.

Meine Damen und Herren, es sind deshalb eben nicht allein die Statistik, die sogenannte Gefährdungslage, antisemitische Vorkommnisse und Alltagserfahrungen, es ist die historische Grunderfahrung von Unsicherheit in jüdischen Gemeinden, der wir uns als Polizeibeamtinnen und –beamte immer gegenwärtig sein sollten. Und gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte ist uns das Auftrag und Verpflichtung. Das möchte ich meinen Ausführungen gerne voranstellen.

Ein weiterer Punkt ist mir wichtig: Lassen Sie mich dazu den Untertitel unserer Fachtagung aufnehmen, er lautet: "Jüdisches Leben – zwischen SICHERHEIT und UNSICHERHEIT". Sicherheit hat eine objektive Komponente. Das sind die reinen Fakten, die Zahl der Straftaten, der Versuche, Aufklärungserfolge, Dunkelfeld und so weiter. Es gibt aber noch das Sicherheitsgefühl. Und das muss nicht deckungsgleich sein mit der Sicherheitslage. Unser Auftrag ist es deshalb, dafür Sorge zu tragen, dass Jüdinnen und Juden objektiv sicher sind in Deutschland und dass sie sich auch sicher fühlen.

Darüber müssen sich alle Polizeibeamtinnen und -beamten bewusst sein.

Und das bedeutet, dass wir bei Straftaten gegen jüdisches Leben in Deutschland, egal mit welcher Motivation sie erfolgen, mit aller Konsequenz vorgehen.

ERKENNTNISSE DER SICHERHEITSBEHÖRDEN

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Minister Strobl hat zu den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden schon Eckpunkte genannt. Unser polizeilicher Staatsschutz beim Landeskriminalamt und darüber hinaus in spezialisierten Inspektionen bei allen Polizeipräsidien und auch das Landesamt für Verfassungsschutz nehmen alle antisemitischen Strömungen und Straftaten in den Blick, aus welcher Richtung auch immer sie kommen. Seien es Rechtsextremisten. Seien es linksextremistische Aktivitäten. Seien es radikalisierte Islamisten, in deren Ideologie Antisemitismus ebenfalls fest verankert ist. Ganz wichtig: Dabei ist stets zwischen der Weltreligion Islam und radikalem Islamismus bzw. Terrorismus zu unterscheiden!

ANTISEMITISCHE STRAFTATEN

Wie sehen die Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden konkret aus? Zunächst einmal orientieren wir uns für eine Einschätzung der Sicherheitslage an den polizeilich erfassten Straftaten.

Bundesweit werden dabei nach gleichen Kriterien antisemitische Straftaten ausgewiesen. Die Zahl solcher Delikte stieg im Jahr 2018 in ganz Deutschland um fast 20 Prozent (19,61 % auf 1.799).

In Baden-Württemberg hatten wir im Jahr 2018 einen Anstieg um 37 Delikte auf die schon von Herrn Minister genannte Gesamtzahl von 136 antisemitischen Straftaten (37,4 Prozent). Darunter fallen zwei Körperverletzungen. Beim Gros der antisemitischen Straftaten handelt es sich um Volksverhetzungs- oder sogenannte Propagandadelikte. Mit nur wenigen Ausnahmen wurden im Jahr 2018 die meisten dieser Delikte (130 von 136) der politisch rechtsmotivierten Kriminalität zugeordnet.

Das sind 136 Straftaten zu viel; und es ist auch kein Grund zur Zufriedenheit, wenn wir feststellen, dass wir im Bundesvergleich eine relativ niedrige Fallbelastung haben. Die registrierten Straftaten sind in den vergangenen Jahren angestiegen. Das ist sehr zu bedauern. Das sind letztlich alles aber nur nackte Zahlen. Was verbirgt sich dahinter?

Drei Sachverhalte will ich ganz kurz skizzieren:

- Erster Fall: Eine Person versuchte, eine Israelflagge aus der Halterung zu entfernen, hob den Arm zum Hitlergruß und beschimpfte alle Anwesenden auf das Übelste.
- Zweiter Fall: Eine Person versandte E-Mails an den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden mit beleidigendem Inhalt. Er verabscheue das Verhalten der Israelis. Im Übrigen auch ein erkennbares Muster:
 Die Konflikte in Israel und der Antizionismus werden mit jüdischem Glauben, mit Juden in eins gesetzt.
- Dritter Fall: In einem Internetforum kommt es zur Leugnung des Holocaust, die darin gipfelt, dass man den toten Juden gerne noch andere hinzufügen könne.

Besonders verabscheuenswürdig sind Schändungen jüdischer Friedhöfe. Was umgestoßene Grabsteine auslösen, kann keine Statistik abbilden. Der Friedhof hat im jüdischen Glauben eine zentrale Bedeutung. Der Tote erwartet im hebräischen "Haus der Ewigkeit" die Ankunft des Messias. Die Totenruhe darf nicht gestört werden.

Jeder dieser Fälle ist unerträglich. Jeder dieser Fälle muss verfolgt und rechtsstaatlich aufgearbeitet werden. Das geschieht. Jeder dieser Fälle trägt aber auch zur Verunsicherung der jüdischen Gemeinde bei.

Sehr geehrte Damen und Herren, letztlich greift der alleinige Blick auf die Zahl der registrierten Straftaten zu kurz. Es gibt eben auch noch ein "Grundrauschen", dass uns nicht angezeigt wird.

Ein Mann aus Südbaden erzählte der Polizei kürzlich bei einem Gespräch, dass er, mit einer Kippa bekleidet und auch sonst äußerlich erkennbar dem jüdischen Glauben zugehörig, zuletzt häufig nicht durch die Stadt laufen konnte, ohne mehrfach von Fremden beleidigt zu werden. Eine Anzeige bei der Polizei habe er aber nicht erstatten wollen. Dazu möchte ich zwei Dinge deutlich machen:

 Erstens: Es muss möglich sein, in unserem Land den Glauben frei und öffentlich zu leben, ohne verbal oder körperlich angegriffen zu werden. Um es klar zu sagen: Beleidigungen und Bedrohungen sind strafbare Handlungen. • Zweitens: Um gegen solche Umtriebe vorgehen zu können, müssen wir aber auch davon wissen. Wenn es zu antisemitischen Handlungen kommt, kann und darf niemand wegsehen. Wir alle sind aufgerufen, unsere Werte zu verteidigen. Denn heute ist es die Kippa, morgen vielleicht ein anderes religiöses Symbol. Wir möchten deshalb die Mitglieder der jüdischen Gemeinde ermuntern: Melden Sie solche Vorfälle zeitnah, damit die Polizei handeln kann. Wir kümmern uns, dafür ist Ihre Polizei da! Das gilt auch für Straftaten wie Beleidigungen, Volksverhetzungen und Hasspostings im Internet.

Sie können dabei auch, wenn Sie sich beispielsweise um Ihre Sicherheit sorgen, anonym Anzeige erstatten. Wir haben seit dem Jahr 2012 beim Landeskriminalamt ein besonderes anonymes Hinweisgebersystem installiert, das sogenannte Business Keeper Monitoring System (BKMS®). Dort können solche Strafftaten gemeldet werden. Das Anzeigeportal ist auch über die Homepage jeder Polizeidienststelle abrufbar.

Und seien Sie sicher: Wir sind auch in der Lage, Straftaten im Internet aufzudecken und zu verfolgen. Das Landeskriminalamt verfügt über eine große Abteilung zur Bekämpfung von Cybercrime. Und auch auf jedem Präsidium gibt es Spezialisten für dieses Kriminalitätsfeld.

FORSCHUNG

Sehr geehrte Damen und Herren, der Blick auf die Straftaten ist eine erste Annäherung. Es ist darüber hinaus sinnvoll, dass Forscher wie Sie, Herr Berek, vom Zentrum für Antisemitismusforschung, parallel Licht ins Dunkel bringen.

GEFÄHRDUNGSLAGE UND WAS TUT DIE POLIZEI?

Was tun wir für die Sicherheit jüdischer Menschen? Zunächst einmal: Die Polizei agiert in engem Schulterschluss mit dem Landesamt für Verfassungsschutz, das bereits im Vorfeld von Straftaten zuständig ist. Auch das konex, unsere beim Innenministerium angebundene Extremismusprävention, wird einbezogen.

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Beginnen wir mit der Terrorbekämpfung. Ein zentrales Ziel ist die Verhinderung eines Terroranschlags in Baden-Württemberg. Wir müssen leider auch weiterhin von einer hohen, allerdings abstrakten, Gefahr ausgehen. Allein in Baden-Württemberg hat sich die Zahl der sogenannten Gefährder, also Personen, denen auch Anschläge zugetraut werden, in den letzten Jahren verzehnfacht. Hinzu kommt, dass deren Umfeld ähnlich exponentiell gewachsen ist. Wir haben unsere Gefährder sehr genau im Blick. Die Gefährdungseinschätzung erfolgt inzwischen bundesweit mit einem einheitlichen Prognosetool, genannt RADAR (iTE), das aktuell vom Bereich Islamismus auch auf den Rechtsextremismus erweitert wird. Und wir führen mit enormen Anstrengungen Ermittlungsverfahren, beim Landeskriminalamt, bei unseren Staatsschutzinspektionen der regionalen Polizeipräsidien. Eng verzahnt und miteinander abgestimmt.

Dies gilt auch immer noch für Ermittlungen zur Aufarbeitung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen. Im Jahr 2015 hat das Landeskriminalamt mit Spezialisten das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau komplett in 3D vermessen lassen, um einem damals dort Beschäftigten seine Täterschaft nachzuweisen. Es ging beispielsweise darum, was man von einem Wachturm aus von den Gräueltaten mitbekommen konnte. Diese einzigartige Dokumentation wurde inzwischen auch dem Holocaustmuseum in Washington zugänglich gemacht.

ERFASSUNGSREGELN

Um die Lage richtig einschätzen zu können, kommt es darauf an zu klären, mit welcher Motivation Täter Straftaten begehen. Wir haben uns deshalb auf Bundesebene dafür eingesetzt, die Erfassungsregeln für antisemitische Straftaten zu schärfen – und wir haben das in Baden-Württemberg umgesetzt. Wir sind uns bewusst, dass antijüdische Straftaten nicht ausschließlich von Rechtsextremisten begangen werden.

Nicht zuletzt um die polizeiliche Erfassungspraxis nicht einem generellen Zweifel auszusetzen, ist es aus unserer Sicht notwendig, die statistische Erfassung von Straftaten aus antijüdischer Haltung heraus so präzise wie möglich vorzunehmen. Das heißt, dass wir solche Taten nicht automatisch, wenn ein Täter nicht bekannt ist, den rechtsmotivierten Straftaten zuschlagen.

OBJEKTSCHUTZ UND BERATUNG

Wichtig für uns ist zudem der Schutz jüdischer Objekte. Aufgrund der besonderen Gefährdung der Interessen und Einrichtungen des Staates Israel sind die polizeilichen Schutzmaßnahmen für jüdische bzw. israelische Interessen und Einrichtungen seit Jahren auf einem hohen Niveau. Für uns stehen insbesondere Einrich-

tungen mit hohem Symbolwert, regelmäßigem Personenverkehr oder einem hohen Bekanntheitsgrad im Fokus, so beispielsweise alle Synagogen.

Neben der polizeilichen Präsenz an jüdischen Einrichtungen bieten wir eine kostenlose sicherheitstechnische Beratung durch Spezialisten des Landeskriminalamts an. Die Umsetzung der Empfehlungen obliegt dann den jeweiligen Objektverantwortlichen der jüdischen Gemeinden.

ANSPRECHPARTNER

Wie lässt sich das Sicherheitsgefühl unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger weiter stärken? Einen wichtigen Baustein sehe ich im engen Austausch der Israelitischen Religionsgemeinschaften und der Polizei vor Ort. Auf unsere Initiative hin haben wir für die örtlichen Einrichtungen der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden und Württembergs spezielle polizeiliche Ansprechpartner (auf Ebene der Revierleitungen) benannt, die den Gemeinden bei allen Fragen rund um das Thema Sicherheit mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die meisten von ihnen sind auch heute hier beim Fachtag.

Ich hoffe, dass ein enger Kontakt zur Polizei neben der tatsächlichen Sicherheit auch die gefühlte Sicherheit bei den jüdischen Menschen festigt.

Zur vertieften Auseinandersetzung mit dem jüdischen Leben in Deutschland sowie den Erscheinungsformen und der Bekämpfung des Antisemitismus haben wir die Ansprechpartner bereits in unserem Kompetenzzentrum konex geschult. Das konex setzt überhaupt bei der Bekämpfung des Antisemtismus einen klaren Schwerpunkt in seiner Arbeit. Um weiter zu sensibilisieren, haben wir noch dieses Jahr eine Fortbildungsreise der Ansprechpartner zur Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem geplant.

AUS- UND FORTBILDUNG

Damit komme ich zu einem weiteren zentralen Handlungsfeld: Der polizeilichen Aus- und Fortbildung.

Um Antisemitismus bekämpfen zu können, muss er als solcher erkannt und richtig bewertet werden. Herr Innenminister Strobl sprach heute Morgen bereits die historische Verantwortung der Polizei an. Dieser Verantwortung versuchen wir durch vielseitige Maßnahmen gerecht zu werden.

Sei es, dass das Thema Antisemitismus im Polizeiunterricht und im Studium fest verankert ist. Sei es durch Exkursionen zu Gedenkstätten, durch Ausstellungen, Vorträge und Veranstaltungen, durch wissenschaftliche Auseinandersetzungen oder Kooperationen wie etwa mit dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist auch, dass Polizistinnen und Polizisten künftig im neuen Lern- und Gedenkort Hotel Silber hier in Stuttgart an Fortbildungen und Veranstaltungen teilnehmen und so Geschichte hautnah erleben können.

FACHTAG ANTISEMITISMUS

Hautnah erleben können wir vieles bereits heute bei unserem Fachtag. Zwischen 1933 und 1945 dienten alle Bereiche der Polizei – und nicht nur die Gestapo – dem Machterhalt des nationalsozialistischen Terrorregimes. Ich darf Ihnen daher heute Nachmittag die Ausstellung "Ordnung und Vernichtung – die Polizei im NS-Staat" ans Herz legen.

Gleichfalls möchte ich aufmerksam machen auf das Projekt Papierblatt. Sie werden hier im Haus in einem Schulungsraum Ausschnitte aus ihrem Videoprojekt zeigen, in dem Holocaust-Überlebende berichten. Das Wissen über die Schoah und die Rolle der Polizei in der NS-Zeit sind wichtig.

Genauso wichtig ist es aber, dass Polizeibeamtinnen und -beamte Jüdinnen und Juden eben nicht nur mit der Schoah in Verbindung setzen, sondern den heutigen jüdischen Alltag kennenlernen. So kann ein positives Bild gefördert werden, dass Jüdinnen und Juden als selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft zeigt. Unser Fachtag bei der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs ist ein Schritt hierzu. Herzlichen Dank für Ihre Gastfreundschaft!

Das heutige Programm ist ganz bewusst so zusammengestellt, dass wir Einblicke in den jüdischen Alltag gewinnen können: Sei es durch Führungen durch die Synagoge oder den Besuch einer Schulklasse, die hier im Gebäude unterrichtet wird. Unsere jungen Polizistinnen und Politzisten in Ausbildung sind herzlich eingeladen, das Jugendzentrum hier im Obergeschoss zu besuchen, um sich mit Jugendlichen des Hauses auszutauschen. Ganz besonders dankbar bin ich, dass sich einige Gemeindemitglieder bereit erklären, im Gemeinschaftsraum in Gesprächen über ihre Erfahrungen und ihren Alltag zu berichten.

ZUSAMMENARBEIT

Es ist immer wichtig, über den eigenen Tellerrand hinauszublicken. Insofern sehen wir die zentrale Rolle des Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus, Herrn Dr. Blume, mit dem wir in gutem Kontakt stehen und dessen Arbeit wir unterstützen.

So gilt, wie beim Slogan unseres Kompetenzzentrums konex "gemeinsam gegen Extremismus", das Gleiche auch hier: Nur gemeinsam können wir erfolgreich gegen Antisemitismus vorgehen.

INSULA UTOPIA

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

"Es ist ausgeschlossen, dass alle Verhältnisse gut sind, solange nicht alle Menschen gut sind, worauf wir ja wohl noch eine hübsche Reihe von Jahren werden warten müssen"

Diese Worte stammen aus dem Jahr 1516. Der englische Staatsmann Thomas MORUS (More) beschrieb in seinem Roman "De optimo rei publicae statu deque nova insula Utopia" zu Deutsch: "Vom besten Zustand des Staates oder von der neuen Insel Utopia" die ideale Gesellschaft, indem er seinen Zeitgenossen einen kritischen Spiegel vorhielt. Die absolute Sicherheit wird wahrscheinlich immer eine Utopie bleiben. Dennoch arbeiten wir als Polizei Baden-Württemberg jeden Tag mit aller Kraft daran, dass alle in unserem schönen Bundesland sicher leben können.

Solange wir bei jüdischen Einrichtungen Poller und Sicherheitsschleusen brauchen, können und werden wir uns nicht zurücklehnen. Wir werden vielmehr alles daran setzen, dass sich gerade auch jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger sicher sind und sich sicher fühlen. Lassen Sie uns in diesem Sinne gemeinsam entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen.

HERZLICHEN DANK.



Programm am Nachmittag

















Jüdisches Leben in der Gemeinde

NACH EINEM KOSCHEREN MITTAGESSEN MIT JÜDISCH-ASKENASISCHEN SOWIE

JÜDISCH-ORIENTALISCHEN SPEISEN KONNTEN DIE TEILNEHMERINNEN UND TEILNEHMER

DES FACHTAGS AM NACHMITTAG AN VERSCHIEDENEN STANDORTEN INNERHALB DES GEBÄUDE
KOMPLEXES DER IRGW DAS VIELFÄLTIGE LEBEN DER JÜDISCHEN GEMEINDE KENNENLERNEN.



Während der Veranstaltung gab es immer wieder Raum für Begegnungen.

Von links nach rechts: Vorsitzender des Oberrates der IRG Baden Rami Suliman, Landeskriminaldirektor Klaus Ziwey, Vorstandsmitglied der IRG Württembergs Michael Kashi, Stv. Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl, Landespolizeipräsident Gerhard Klotter, Vorstandssprecherin der IRG Württembergs Prof. Barbara Traub und der Beauftragte der Landesregierung gegen Antisemitismus Dr. Michael Blume.

Foto: Steffen Schmid



GESPRÄCHE MIT GEMEINDEMITGLIEDERN

In gemütlicher Atmosphäre trafen interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachtags mit jüdischen Gemeindemitgliedern zusammen. Spannende Geschichten aus den Erinnerungen von Rachel Dror, der ersten Polizistin Israels, oder Leonid Dugovski, dem Vorsitzenden des Vereins der Überlebenden der Leningrader Blockade, fesselten die Fachtagsteilnehmerinnen und -teilnehmer ebenso wie Schilderungen von Alltagssituationen, beispielsweise von der Vorsitzenden des Seniorenclubs, Sevilla Likhtgolts.

"Besonders interessant für uns als Beamte in Ausbildung waren die Gespräche mit Rachel Dror, die 1939 nach Palästina auswanderte und dort 1948 als eine der ersten Frauen in den Polizeidienst eintrat. Rachel Dror betonte, dass sie keinen Groll gegen Deutsche hege, weshalb sie auch nach Deutschland zurückkehrte und Lehrerin wurde. Ihre Lebensgeschichte beeindruckte uns tief und zeigte uns auf, dass gerade wir uns als Polizistinnen und Polizisten für die Bekämpfung von Antisemitismus sowie jeder Form von Extremismus nicht nur im Berufsalltag einsetzen müssen."

D. Eisele, Polizeimeisteranwärterin

Rahel Dror im Austausch mit Polizeiauszubildenden.

Foto: Steffen Schmid



Teilnehmerinnen und Teilnehmer lauschen den Ausführungen von Avi Palvari zu den Besonderheiten der Stuttgarter Synagoge gebannt.

Foto: Steffen Schmid

FÜHRUNG DURCH DIE SYNAGOGE

Im Herzen des Gebäudekomplexes der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs in der Stuttgarter Hospitalstraße befindet sich die nach der Shoah neu errichtete Synagoge. Die Fachtagsteilnehmerinnen und -teilnehmer erfuhren in zwei jeweils rund 60-minütigen Führungen viele Hintergründe zum Bauwerk, aber auch über die verschiedenen jüdischen Zeremonien und Gottesdienste.

Die heutige Synagoge wurde in den Jahren 1951 und 1952 nach Entwürfen von Ernst Guggenheimer auf den Grundmauern der bei den Novemberpogromen im Jahr 1938 zerstörten Alten Synagoge errichtet. Der dreiteilige Bau mit Empore besteht aus einem größeren kubischen Saalbau, der von zwei Gebäudeflügeln flankiert wird. Auf der Jerusalem zugewandten Seite des Betsaals befindet sich eine hohe Nische mit dem Toraschrein. Die neue Synagoge ist im nüchternen Baustil der Weimarer Republik gestaltet. Sie vermeidet jeden Bezug zur im Stil des Historismus errichteten Alten Synagoge.



Bei der Neugestaltung der Fassade 2018, auf der die zehn Gebote in Form hebräischer Anfangsbuchstaben zu sehen sind, entstand ein Synagogenvorplatz zur Hospitalstraße hin. Dort ist eine Bronzeskulptur "Der brennende Dornbusch" von Roda Reilinger zu sehen, geschaffen zum 50. Jahrestags der Novemberpogrome.

Blick in Richtung Toraschrein der zum Wochenfest Schawuot geschmückten Stuttgarter Synagoge.

Foto: IRGW

BESUCH EINER SCHULKLASSE

Vom Schulleiter, Leonhard Weber, erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Eindruck von der Jüdischen Grundschule Stuttgart. Dabei erfuhren sie, dass in der staatlich anerkannten Ganztagesschule zu den allgemeinbildenden Fächern im Stundenplan verpflichtender jüdischer Religionsunterricht sowie Hebräisch-Unterricht fest verankert sind. Vokabeln würden nach den Ausführungen von Leonhard Weber durch das TalAm-Programm, das den Lehrstoff auf eine ansprechende sowie einprägsame Weise vermittelt, fast wie von selbst gelernt. "Die Kinder lernen das hebräische Alphabet lesen und schreiben", erklärte Leonhard Weber und fügte an, die Kinder werden auf diese Weise zum selbstständigen Sprechen ermuntert. Zudem bekommen die Schüler zum Frühstück und Mittagessen gesunde Speisen – natürlich alle koscher!"



Ein "Madrichim" im Austausch mit Polizeiauszubildenden.

Foto: Steffen Schmid

JUGENDKULTUR – POLIZEIAUSZUBILDENDE TRAFEN JUGENDLICHE DER JÜDISCHEN GEMEINDE

Im Jugendzentrum der IRGW Stuttgart wurden eine Klasse von Polizeiauszubildenden des Instituts für Aus- und Fortbildung der Hochschule der Polizei durch sogenannte "Madrichim" (Jugendliche des Jugendzentrums) empfangen. Unter Anleitung der Sozialpädagogin Lilia Strelkowa, Sozialarbeiterin bei der IRGW, kamen die beiden Gruppen gleich ins Gespräch und unterhielten sich angeregt u. a. über die Ausübung des Judentums von jungen Menschen in Deutschland, jüdische Identität und den jüdischen Alltag. Außerdem unterhielten sich die jungen Menschen über Antisemitismus und Rassismus als aktuelle Probleme der Gesellschaft und tauschten sich über Bewältigungsstrategien im persönlichen wie öffentlichen Bereich aus.

"Besonders erfreut hat uns die Gastfreundschaft und Herzlichkeit der jüdischen Gemeinde, welche sie uns unter anderem durch das koschere Mittagessen verdeutlicht haben. Als Letztes auf dem Programm war der Austausch mit den Jugendlichen der Gemeinde. Die Jugendlichen waren sehr interessiert an dem Alltag in der Polizeiausbildung, wie auch an unserer Meinung zu der Thematik Antisemitismus. Die Gespräche waren aufschlussreich und gaben uns die Möglichkeit das Thema Antisemitismus aus ihrer Sicht zu sehen und mitzubekommen wie aktuell die Problematik heute noch ist."

K. Velkova, Polizeimeisteranwärterin



Projekte, Partner, Projektionen

NEBEN DEN VIELFÄLTIGEN GELEGENHEITEN, DAS JÜDISCHE LEBEN IN DER GEMEINDE
KENNENZULERNEN, KONNTEN DIE TEILNEHMERINNEN UND TEILNEHMER AUCH AN
MEHREREN STELLEN IM GEMEINDEGEBÄUDE INFORMATIONEN ZU PROJEKTEN ODER PARTNERN
DES KOMPETENZZENTRUMS GEGEN EXTREMISMUS IN BADEN-WÜRTTEMBERG IM BEREICH
DER EXTREMISMUSPRÄVENTION ERHALTEN UND SICH MIT IHNEN AUSTAUSCHEN.



Timo Roller stellt das Projekt Papierblatt vor.

Foto: PTLS Pol Jens Stohn

ZEITZEUGENPROJEKT "PAPIERBLATT"

Frank Clesle (Geschäftsführer von ZEDAKAH e. V.), Thorsten Trautwein (Ev. Schuldekan Calw-Nagold/Neuenbürg) und Timo Roller (MORIJA gemeinnützige GmbH) stellten das im Jahr 2016 ins Leben gerufene Projekt "Papierblatt" vor. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Fachtages wurde die Entstehung sowie die technische Umsetzung des Projekts präsentiert. Hierzu wurden unter anderem Ausschnitte der Berichte von "Videozeugen" zum Thema des Fachtags "Jüdisches Leben (heute) – Zwischen Sicherheit und Unsicherheit" gezeigt.

Einleitend stellte Frank Clesle das diakonische Versöhnungswerk Zedakah e.V. vor, das zwei Heime für Holocaust-Überlebende im Norden Israels mithilfe von Spenden und Freiwilligen aus Deutschland betreibt. Aus dieser Arbeit ist das Projekt "Papierblatt – Holocaust-Überlebende berichten" hervorgegangen. Zedakah dokumentiert seit dem Jahr 2013 audiovisuell Zeitzeugenberichte, da es immer schwieriger wird, die älter werdenden Überlebenden auf Veranstaltungen einzuladen. Frank Clesle und Timo Roller initiierten im Jahr 2016 das Projekt Papierblatt, um die gesammelten Interviews und Vorträge im Internet frei zugänglich zur Verfügung zu stellen.



"Die virtuelle Zeitzeugenplattform hat ihren Namen von Mordechai Papirblat. Im Jahr 1923 als Jude in Polen geboren, überlebte er das Warschauer Ghetto", führte Thorsten Trautwein weiter aus. Nach dem Krieg war Mordechai Papirblat der einzige Überlebende mit diesem Nachnamen. "Mein Name ist ein Denkmal", sagte er in einem Vortrag. Thorsten Trautwein weiter: "Wie ein Blatt Papier Erinnerungen bewahrt, möchten auch wir vom Papierblatt-Projekt in digitaler Form ein Angebot des Erinnerns und Lernens bieten."

Der Beauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus, Dr. Michael Blume schreibt in seinem ersten Bericht: "Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes gehört dabei mit neuen Gedenkformen ins Netz." Das Papierblatt-Projekt und andere Initiativen zeigten "gerade auch im Kontext von Erinnerungskultur, wie moderne Geschichtsvermittlung gestaltet werden kann – und soll. Ein solcher, endlich medial reflektierter Aufbau des Geschichtsunterrichts würde zudem dem starken Interesse der jungen Generation und Lehrerschaft entsprechen, die unterschiedliche Verwendung von Medien mit all ihren Chancen und Risiken besser verstehen zu können."

Der Geschäftsführer von ZEDAKAH e. V., Frank Clesle.

Foto: PTLS Pol Jens Stohn

Der für das Projekt technisch verantwortlich zeichnende Timo Roller erläuterte: "Auf der Website www.papierblatt.de können bisher rund 30 Zeitzeugenberichte und weitere Beiträge mit einer Länge zwischen zehn und 150 Minuten abgerufen werden. Responsive Webdesign ermöglicht die leicht zugängliche Nutzung auf Computern, Tablets und Smartphones. Das Angebot ist kostenlos und ohne Registrierung nutzbar. Eine Stichwortsuche ermöglicht die Suche innerhalb der Video-Beiträge."

Unterrichtsentwürfe und didaktische Hinweise für Lehrkräfte sprechen gezielt Schulen und außerschulische Bildungseinrichtungen an. Das pädagogische Konzept hinter der digitalen Plattform möchte Verständnis für Judentum und jüdisches Empfinden erreichen und so auch dem wieder erstarkenden Antisemitismus in Deutschland entgegenwirken.

Das Unterrichtsmaterial entwickelt Thorsten Trautwein gemeinsam mit Lehrkräften unterschiedlicher Schularten: "Es ist uns wichtig, nicht nur bloße Fakten zu vermitteln, sondern authentische Zeitzeugen zu Wort kommen zu lassen. Die persönlichen Berichte werden eingebettet in die Zeitgeschichte der nationalsozialistischen Ausgrenzung, Entrechtung, Vertreibung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden." Für die Schulen stehen konkrete Arbeitsaufträge und vielfältige Materialien bereit sowie Entwürfe für individuelles Holocaust-Lernen. Darüber hinaus gibt es Anregungen für fächerverbindenden Unterricht und für Projektarbeiten unter Verwendung digitaler Technologie. Über ZEDAKAH e. V. kann sogar der Kontakt zu einzelnen Zeitzeugen aus dem Projekt vermittelt werden.

Frank Clesle wies zudem darauf hin, dass "Papierblatt" mit weiteren Akteuren vernetzt sei. Zu nennen seien hier das Pädagogisch-Theologischen Zentrum der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung Außenstelle Bad Wildbad, die Büros der evangelischen Schuldekane in Württemberg und die International School for Holocaust Studies Yad Vashem in Jerusalem. Als Spendenprojekt sei Papierblatt auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Im Erinnern und Lernen aus der Vergangenheit sehen die Projektverantwortlichen die Grundlage dafür, Verantwortung für heute zu übernehmen, mutig Position zu beziehen und aktiv für die Rechte aller Menschen einzutreten. Sie sprechen sich gegen jeglichen Antisemitismus aus und erklären sich solidarisch mit jüdischen Menschen in Deutschland, Israel und überall auf der Welt.

Fast vier Jahre nach Projektbeginn zog Thorsten Trautwein ein positives Fazit: "Die Erzählungen aus dem Leben eines Menschen, der mir virtuell gegenübersitzt, schaffen eine unmittelbare Nähe und emotionale Betroffenheit, ohne mich zu vereinnahmen. Wir wünschen uns, dass so Verständnis wächst und Vorurteile abgebaut werden."

"Es war eine gelungene und ermutigende Veranstaltung. Wir denken gerne an die positiven und eindrücklichen Begegnungen zurück."

Timo Roller und Frank Clesle vom Projekt Papierblatt



Ev. Schuldekan Calw-Nagold/ Neuenbürg, Thorsten Trautwein.

Foto: Timo Roller

AUSSTELLUNG "ORDNUNG UND VERNICHTUNG – DIE POLIZEI IM NS-STAAT"

auf reges Interesse gestoßen ist.

Die Polizei war ein zentrales Herrschaftsinstrument des NS-Regimes. Von seinen Anfängen bis zu seinem Untergang konnte es sich auf die Polizei stützen. Nicht nur die Gestapo, sondern alle Sparten der deutschen Polizei waren am Terror gegen die politischen und weltanschaulichen Gegner des NS-Staats beteiligt, zunächst im Innern des Deutschen Reiches und seit Kriegsbeginn 1939 schließlich in allen von der Wehrmacht eroberten Gebieten. Besonders in Osteuropa beging die deutsche Polizei massenhaft Verbrechen an der Zivilbevölkerung. Die Polizei war maßgeblich am Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden beteiligt, aber auch an der Verfolgung von Widerstandsgruppen gegen das nationalsozialistische Besatzungsregime und der Verschleppung von Zivilisten zur Zwangsarbeit für die deutsche Kriegswirtschaft. Die Verbrechen verübten Polizisten, die mehrheitlich in der Weimarer Republik, einem demokratischen Rechtsstaat, sozialisiert und ausgebildet wurden. Nur wenige von ihnen mussten sich für die verübten Verbrechen nach 1945 vor Gericht verantworten. Viele konnten in der Bundesrepublik ihre Karrieren im Polizeidienst fortsetzen. Vom 1. April bis zum 28. August 2011 war im Deutschen Historischen Museum in Berlin die Ausstellung "Ordnung und Vernichtung - Die Polizei im NS-Staat" zu sehen, die im Rahmen eines Projektauftrages der Innenministerkonferenz des Bundes und der Länder (IMK) von der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster erstellt und in Kooperation mit dem Deutschen Historischen Museum in Berlin realisiert worden war. Über 50.000 Besucher haben die Ausstellung gesehen, die in den deutschen und internationalen Medien

Ein weiterer Bestandteil des Projektauftrages der IMK war die Erstellung eines Ausstellungmoduls, das in komprimierter Form über die wesentlichen Prozesse und Fakten zur Polizei des NS-Staates informiert und auf Dauer in den Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Polizeien des Bundes und der Länder gezeigt wird. Dieses Ausstellungsmodul wurde von den Verantwortlichen der Polizeigeschichte an der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen (HfPol) Caroline Wedler-Krebs (Fakultät I – Führungs- und Einsatzwissenschaften) und Andreas Beier (Fakultät IV – Sozialwissenschaften) im Herbst 2013 aus fakultätseigenen Finanzmitteln produziert und am 16. Dezember 2013 an der HfPol in Villingen Schwenningen eröffnet. Die Ausstellung dient unter anderem der Aus- und Fortbildung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. So werden beispielsweise an den Ausbildungsstandorten in Lahr und Biberach Unterrichtsinhalte dazu angeboten. Da die Ausstellung auch die interessierte Öffentlichkeit erreicht und Schulklassen eine Beschäftigung mit dem Thema ermöglicht, wurde diese bisher über 4.500 Interessierten in Baden-Württemberg gezeigt.



Der Fachtag "Antisemitismus" ist die 13. Station der Ausstellung. Andreas Beier führte die interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunächst über einen Vortrag, in dem insbesondere Ursache und Gründe für das verbrecherische Verhalten der einzelnen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in der NS-Diktatur erläutert wurden, in das Thema ein und anschließend durch die Ausstellung.

So wurde auch die Geschichte von Bernhard Weiß erzählt, der aus einer jüdischen Familie stammte und von 1927 bis zum Ende der Weimarer Republik Polizeivizepräsident in Berlin war. Er wehrte sich bis zu seiner Entfernung aus seinem Amt erfolgreich gegen die Angriffe Joseph Goebbels.

Andreas Beier führte die interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die Ausstellung.

Foto: PTLS Pol Jens Stohn

Sowohl in der Aus- und Fortbildung als auch im Studium bei der Polizei Baden-Württembergs sollen stets Antworten in Vorträgen, bei Exkursionen, bei einem Studium Generale oder in Haus-, Bachelor- oder Masterarbeiten auf folgende Fragen gefunden werden:

- Wer waren die Männer (und wenigen Frauen) in der deutschen Polizei, die politische und weltanschauliche Gegner des Nationalsozialismus verfolgten und oftmals ermordeten?
- Welche mentalen Voraussetzungen und strukturellen Bedingungen prägten das Verhalten der Polizeiangehörigen, dass sie das NS-Regime hinnahmen, sich daran beteiligten und schließlich vielfach sogar zu Mördern wurden?
- Wer verweigerte sich den verbrecherischen Befehlen und welche Motive waren dafür ausschlaggebend?





Informationsstände des Demokratienzentrums Baden-Württemberg, von Likrat und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (von links nach rechts).

Foto: Steffen Schmid

INFORMATIONSSTÄNDE

Im Synagogenfoyer konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an betreuten Informationsständen des Demokratiezentrums, der Landeszentrale für politische Bildung, der Antidiskrimierungsstelle, des Landeskriminalamts (Sicherheitsberatung), des Landesamts für Verfassungsschutz, von Likrat (Schüler-Dialogprojekt des Zentralrats der Juden in Deutschland) und des Kompetenzzentrums gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) informieren und austauschen.

LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG

Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg bietet Unterstützung im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit rund um das Thema Antisemitismus an. Dies schließt sowohl den islamistischen Antisemitismus,
als auch Antisemitismus im Bereich des Rechtsextremismus und des Linksextremismus sowie die Berührungspunkte und gegenseitige Beeinflussung bzw. historische Vernetzung dieser Varietäten mit ein. Es werden grundsätzlich Vorträge und Workshops angeboten.

LIKRAT

Likrat (hebr. für "auf einander zu") ist ein Dialogprojekt. Es ermöglicht Schülerinnen und Schülern einen unbefangenen Zugang zum Thema Judentum. Junge Jüdinnen und Juden stellen ihr Judentum in Begegnungen in Schulklassen vor. Das Spannende an dieser Form des Dialogs ist die Gleichaltrigkeit der Dialogpartner. Sie ermöglicht ein unbefangenes Gespräch "auf Augenhöhe". Für die jüdischen Jugendlichen bieten Likrat-Vorbereitungsseminare hingegen die Möglichkeit, sich ihrerseits mit ihrer eigenen Jüdischkeit bewusst auseinanderzusetzen und diese im Hinblick auf den Dialog mit ihrer nichtjüdischen Umwelt zu reflektieren. "Likrat – Jugend & Dialog" hilft stereotype Wahrnehmungen zu durchbrechen! Likrat-Begegnungen wirken Vorurteilen und antisemitischen Ressentiments entgegengewirkt. Die Schülerinnen und Schüler lernen ein authentisches und gegenwartsbezogenes Judentum kennen. In der Klasse entsteht ein offenes und niedrigschwelliges Gespräch der Dialogpartner, denn sie gehören zur gleichen Generation und haben einen ähnlichen Erfahrungshorizont. Likrat-Begegnungen ermöglichen ein lebendiges, bleibendes und bildendes Erlebnis.

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) ist auf überparteilicher Grundlage auf die Festigung des Gedankenguts der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung ausgerichtet. Diesem Auftrag kommt die LpB mit ihrem breit gefächerten Portfolio nach. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport sowie dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung wurde in der Stabsstelle "Demokratie stärken" die Handreichung "Wahrnehmen – benennen – handeln. Umgang mit Antisemitismus an Schulen" erarbeitet. Diese umfasst Wissen, pädagogische Handlungsempfehlungen und Unterrichtsmaterial gegen Antisemitismus.

Der Fachbereich "Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus" bietet einen Fachvortrag zur Information über Antisemitismus an sowie eine Fortbildung zum Umgang mit Verschwörungsmythen.

Der Fachbereich Gedenkstättenarbeit begleitet die Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen im Land durch Förderung, Beratung, Vernetzung und Fortbildung.

LANDESKRIMINALAMT BADEN-WÜRTTEMBERG

Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg führt im Auftrag des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration sicherungstechnische Beratungen durch. Basierend auf einer fortlaufend aktualisierten Gefährdungsbewertung und der damit einhergehenden Einstufung gefährdeter Objekte, gemäß der bundesweit einheitlichen "Polizeidienstvorschrift 129 Verschlusssache – Nur für den Dienstgebrauch", spricht das Landeskriminalamt entsprechende sicherungstechnische Empfehlungen zur Absicherung der Liegenschaften jüdischer Gemeinden aus.

DEMOKRATIEZENTRUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Das aus Mitteln des Bundesprogramms "Demokratie leben!" sowie aus Landesmitteln geförderte Demokratiezentrum Baden-Württemberg arbeitet als zivilgesellschaftlicher Trägerverbund in den Handlungsfeldern Demokratieförderung, Menschenrechtsbildung und Extremismusprävention und vermittelt landesweit Fakten und Argumentationsmöglichkeiten gegen extremistische Ideologien. Folgende Fachstellen, die jeweils bei kompetenten, renommierten Trägern angesiedelt sind, arbeiten dabei in einem integrierten und vernetzten Ansatz zusammen: (1) "kompetent vor Ort. gegen Rechtsextremismus" bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg; (2) "mobirex – Mobile Beratung gegen Rechts" bei der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung (LAGO) Baden-Württemberg; (3) "FEX – Extremismusdistanzierung" bei der LAG Mobile Jugendarbeit; (4) "PREvent!on – Prävention von religiös begründetem Extremismus" bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg; (5) "LEUCHTLINIE – Beratung für Betroffene von rechter Gewalt" bei der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.

In der Fläche ergänzt wird das Demokratiezentrum Baden-Württemberg durch acht Regionale Demokratiezentren, über die sämtliche Angebote des Trägerverbunds auch vor Ort abrufbar sind. Zusätzlich existieren in 25 Stadt- und Landkreisen lokale Beratungsstellen, die über geschulte Fachkräfte Beratung und Unterstützung im Kontext von Demokratieförderung, Menschenrechtsbildung und Extremismusprävention anbieten.



ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Ausgehend vom Koalitionsvertrag der Landesregierung hat Baden-Württemberg im November 2018 die Antidiskriminierungsstelle des Landes Baden-Württemberg (LADS) im Ministerium für Soziales und Integration geschaffen. Grundlage ihrer Tätigkeit ist die unantastbare Menschenwürde wie sie Art. 1 des Grundgesetzes normiert. Diskriminierungen sprechen Menschen diese Würde ab. Sie verschlechtern das gesellschaftliche Klima für die gesamte Gesellschaft. Zu den Zielen der LADS gehört es daher, Strategien zur Bekämpfung jeder Art von Diskriminierung zu entwickeln und die Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren im Bereich Antidiskriminierung in Baden-Württemberg und Europa zu stärken. So werden Doppelstrukturen vermieden und Synergieeffekte genutzt. Darüber hinaus agiert die LADS als Erst-Anlaufstelle für Betroffene. Um Betroffene schnell und unbürokratisch zu beraten, fördert das Ministerium für Soziales und Integration derzeit acht lokale Beratungsstellen gegen Diskriminierung in Baden-Württemberg sowie eine Online-Beratungsstelle.



KOMPETENZZENTRUM GEGEN EXTREMISMUS IN BADEN-WÜRTTEMBERG

konex ist das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg. Getreu dem Slogan: "Gemeinsam gegen Extremismus" bietet es zusammen mit seinen Netzwerkpartnern Informationen und Beratung gegen religiös und politisch motivierten Extremismus an. Neben Fortbildungsangeboten des dem konex zugehörigen Landesbildungszentrum Deradikalisierung, die für bestimmte Zielgruppen angeboten werden, stellt insbesondere die Ausstiegsberatung für radikalisierte Personen und deren unmittelbarem Umfeld die Kernaufgabe des Kompetenzzentrums dar.

Informationsstand des Kompetenzzentrums gegen Extremismus in Baden-Württemberg.

Foto: PTLS Pol Jens Stohn

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg www.im.baden-wuerttemberg.de
- Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg www.konex-bw.de
- Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs www.irgw.de
- Israelitische Religionsgemeinschaft Baden www.irg-baden.de
- Der Beauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus www.stm.baden-wuerttemberg.de/de/themen/beauftragter-gegen-antisemitismus
- Zentrum für Antisemitismusforschung
 www.tu-berlin.de/fakultaet_i/zentrum_fuer_antisemitismusforschung
- Kompetenzzentrum gegen Extremismus
- Likrat

http://www.likrat.de und www.zentralratderjuden.de

- Demokratiezentrum Baden-Württemberg www.demokratiezentrum-bw.de
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg www.lpb-bw.de
- Publikation

"Wahrnehmen – Benennen – Handeln, Handreichung zum Umgang mit Antisemitismus an Schulen" https://www.demokratie-bw.de/demokratie-infomaterial.html

- Team meX mit Zivilcourage gegen Extremismus https://www.team-mex.de/
- Gedenkstättenarbeit

https://www.gedenkstaetten-bw.de

- Antidiskriminierungsstelle des Landes Baden-Württemberg http://www.antidiskriminierungsstelle-bw.de
- Landesarbeitsgemeinschaft Antidiskriminierungsberatung www.lag-adb-bw.de
- Landeskriminalamt Baden-Württemberg www.lka.polizei-bw.de
- Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg www.verfassungsschutz-bw.de







